Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 51 (1973-1974)

Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8021 Zürich 51. Jahrgang Nr. 3 Juni 1973 Auflage 17 000

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich und des Verbandes der Studierenden an der ETH-Z

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber
Redaktion und Verlag: Rämistr. 66, 8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich
Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235

Achtmal jährlich
Jahresabonnement (inkl. «konzept») Inland Fr. 13.—, Ausland Fr. 15.—. Bestellungen beim Verlag.

Zürichs Studenten zuhause und unterwegs

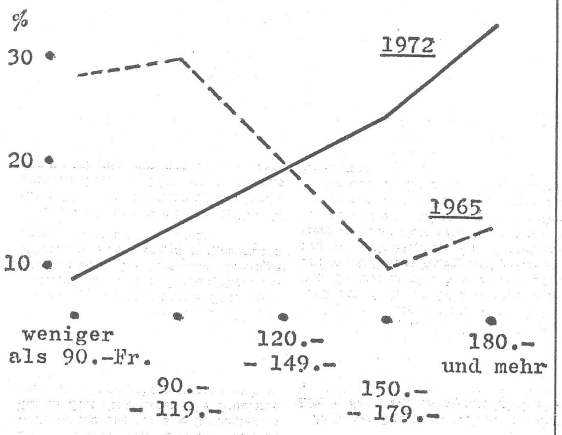
Letzter Ausweg: Student im Wohnwagen?

Vor einem Jahr hat im Auftrag der ETH das Meinungsforschungsinstitut «Scope» bei den ETH-Studenten eine Repräsentativerhebung über ihre Wohnsituation und ihr Verkehrsverhalten unternommen. 1/6 aller Studenten hat in zwanzigminutigen Interviews Auskunft über ihre gegenwärtige Situation gegeben und erklärt, wie sie sich nach Eröffnung der Aussenstation auf dem Hönggerberg verhalten würden. Die Ergebnisse der Umfrage dürften wohl weitgehend für alle Studenten in Zürich Gültigkeit haben (die Probleme bezüglich Hönggerberg werden sich in analoger Weise auch für den Strickhof stellen). Deshalb veröffentlichen wir einige Auszüge aus der Zusammenfassung und den Schlussfolgerungen sowie dem Bericht z. H. des ETH-Präsidenten der «Arbeitsgruppe Studentenumfrage 1972» der Planungskommission der ETH. Die Redaktion hat einige stilistische Aenderungen vorgenommen und die Zwischentitel gesetzt.

1972 wohnten – wie schon 1965 – ¾ der ETH-Studenten innerhalb der Stadtgrenzen Zürichs. Dies ist angesichts der notorischen Verknappung auf dem Wohnungsmarkt erstaunlich und zeigt, *dass die Studenten alle Anstrengungen unternehmen, weiterhin im Stadtgebiet zu wohnen.* Es sind dies ca. 4000 Studenten – weitere 1000 kommen täglich aus dem übrigen Kantonsgebiet und etwa 350 aus der übrigen Schweiz.

Weniger Untermieter

28% der Studenten wohnen bei den Eltern; der Trend ist offensichtlich sinkend. Bei den übrigen Studenten stellt man eine deutliche Verlagerung zur Miete einer eigenen Wohnung oder eines Wohnungsteils fest. Diese Verlagerung geht zu Lasten der Untermiete in Einzelzimmern, welche von 67% im 1965 auf 56% im 1972 abgenommen hat. So treffen sich hier zwei Trends und verstärken sich gegenseitig: Die geringere Zufriedenheit mit Einzelzimmern in Untermiete geht einher mit deren geringerer Verfügbarkeit. Zufrieden mit seiner Wohnsituation ist, wer zu Hause oder in einer eigenen Wohnung leben kann.



Vergleich der Zimmerpreise 1965/72

Waagrecht: Monatliche Zimmermiete in Franken
Senkrecht: Prozent der Studenten
(Quelle: Scope-Studentenumfrage 1972)

Angesichts der akuten Mangelsituation auf dem Wohnungsmarkt ist oft schwer zu unterscheiden, welche Entwicklungen dem Wahlverhalten des Studenten zuzuschreiben sind und welche der Zwangssituation, in der er sich befindet. Unbestritten scheint, dass – mindestens bei der Beschaffung der ersten Wohngelegenheit – der Student nicht sehr wählerisch sein kann, dass er sich aber später nach einer eigenen Wohnung in günstigerer Lage umschaut. Es zeigt sich indessen, dass er meist nur eine oder zwei der drei Wunschvorstellungen (höherer Komfort, günstigere Verkehrslage, niedrigerer oder zumindest nicht höherer Mietzins) realisieren kann.

Immer teurere Mietzinse

Was die Mietpreise betrifft, so haben sie sich innerhalb der letzten 7 Jahre beträchtlich erhöht; 1972 lag die Durchschnittsmiete für den einzelnen Studenten bei 175 Fr., gegenüber 1965 mit 125 Fr.

Die Analyse der Komfortbedürfnisse zeigt, dass der Student eigentlich genauso leben möchte wie jeder andere junge Erwachsene auch: Er wünscht sich ein ruhiges, sonniges Zimmer, mit Heizung und Bad, mit beliebigem freien Zutritt und eigener Gestaltungsmöglichkeit. Er möchte also vor allem «*seinen eigenen Lebensstil*» leben, wobei eine psycho-soziologisch differenzierte Analyse dieser Gestaltungswünsche noch nachzuholen wäre. Ueberhaupt widerspricht das Ergebnis der Umfrage dem Bild, das sich die breite Oeffentlichkeit vom «*lustigen Studenten*» macht, weitgehend. Neben seiner pflichtbewussten Arbeitseinstellung hat der Student ähnliche Kommunikationsbedürfnisse wie die übrigen Zürcher und unterscheidet sich so keineswegs vom breiteren Querschnitt der städtischen Bevölkerung. Keine Rede von Aussenseiterallüren oder ausgefallenen Wohnansprüchen.

Zusammenfassend lässt sich die Wohnsituation wie folgt umschreiben:

- Die Zahl der Studenten, die in Zürich wohnen, hat in den letzten Jahren trotz erschwerten Umständen zugenommen, während die Stadtbevölkerung einen abnehmenden Trend aufweist. Heute wohnen 72% der ETH-Studenten in der Stadt (62% nicht bei den Eltern).
- In Konkurrenz mit anderen Bedürfnissen nach Wohn- und Arbeitsräumen ist der Markt für Studentenzimmer *derart reduziert, dass bei der heutigen Beurteilung von Qualität, Wohnlage, Trendbewegungen von und nach dem Zentrum stets davon ausgegangen werden muss, dass es sich um eine Notsituation handelt.* Die wirklichen Bedürfnisse und Wünsche der Studenten können deshalb nur verzerrt zum Ausdruck kommen. *Das Angebot diktiert die heutige Situation.*
- Die Bedürfnisse der Studenten sind unterschiedlich. Neue Wohnmöglichkeiten sollten deshalb ein möglichst differenziertes Sortiment umfassen. Vorerst ist jedoch der Mangel auf dem Markt derart gross, dass rasch *möglichst viele Wohngelegenheiten in grösseren Einheiten bis zu 100 Betten* angestrebt werden sollten, um eine fühlbare Milderung der Not zu erreichen. Das von der Stiftung für studentisches Wohnen (s. Kästchen) anvisierte Ziel ermöglicht in einem ersten Schritt die Erstellung von rund 250 Zimmern. Es müssen jedoch rund 1500 Zimmer beschafft

In dieser Nummer

Die Krankenkasse wird teurer Seite 2
POCH: Die unbiederen Brandstifter? – Ein Interview Seite 3
«Rossi-Plan»: Mehr Stress und Technokratie Seite 5
Bran drain NZZ-Uni Seite 5
Wer missbraucht Kleinkinder? Seite 5
Wer ist der Chef? – Interview mit dem neuen Rektor der ETHZ Seite 7

. . . und weiter nichts

Studenten zahlen immer teurere Mietzinse, sind mit ihrem Zimmer immer weniger zufrieden, benützen das Auto nur selten als alltägliches Verkehrsmittel. Drei klare Ergebnisse der Studentenumfrage, die letztes Jahr von der ETH organisiert wurde und deren Ergebnisse nun vorliegen. Nur: Das erste wusste man eigentlich schon, das zweite war wahrscheinlich, und das dritte ergibt sich schon allein daraus, dass in Hochschulnähe keine Dauerparkplätze zur Verfügung stehen (womit die einschränkende Wirkung eines knappen Parkplatzangebots auf den Privatverkehr einmal mehr belegt wäre). Fragt sich also, warum überhaupt eine Umfrage (die keine billige Angelegenheit ist) nötig war bzw. was sonst noch daraus hervorgeht.

Zweifelsohne liefert eine Erhebung, in deren Verlauf einem Sechstel der Studenten in zwanzigminutigen Interviews 49 Fragen zu ihrer Wohnsituation und ihrem Verkehrsverhalten gestellt werden, einiges an Daten, mit denen das erfragte «Feld» nachher einigermassen umrissen ist. Und es liegt zweifelsohne sogar im Bereich des Möglichen, dass aufgrund dieser Daten einigermassen sinnvolle politische Entscheide gefällt werden. So kann man sich über den Willen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, den die «Arbeitsgruppe Studentenumfrage» der ETH-Planungskommission an den Tag legt, nur freuen. Indes, eine Umfrage wie die vorliegende sollte man immer zuerst kritisch durchleuchten, will man nicht Gefahr laufen, voreilig falsche Schlüsse zu ziehen.

Betrachtet man die Umfrage über Wohn- und Verkehrsverhalten unter diesem Blickwinkel, so fallen einem zunächst diverse technische Mängel auf. Zu viele hypothetische Fragen wurden gestellt («Würdest du in ein anderes Zimmer umziehen, wenn du nun ⅓ deiner Studien auf dem Hönggerberg absolvieren müsstest?»), deren Beantwortung weitgehend vom Vorstellungsvermögen des Befragten und den Bedingungen, unter denen der suggerierte Zustand eintreten würde, abhängt; zu viele subjektive Urteile wurden abverlangt, dort wo eigentlich objektive Daten vonnöten wären (Einschätzung des täglichen Arbeitsweges, des Monatsbudgets), Urteile, die zu massiven Fehleinschätzungen Anlass geben können; zu viele Fragenkomplexe wurden zu wenig genau aufgeschlüsselt (wie soll jemand, der täglich um 19 Uhr mit seiner Arbeit aufhört, die Frage: «Verbringst du die Zeit zwischen dem Verlassen der Hochschule und dem Abendessen in deinem Zimmer oder auswärts?» beantworten?).

Bedauerlicher erscheint, dass eine ganze Anzahl von Daten nicht erfasst wurden. Dass dies vorwiegend Fragen aus dem sozialen Bereich hätten sein müssen, weist darauf hin, dass der Gegenstand der Befragung als praktisch rein technisches, ausserhalb der sozialen Gegensätze liegendes Problem betrachtet wurde. Daten über die soziale Herkunft, die tatsächlichen Einkommensverhältnisse, das psychische und physische Wohlbefinden fehlen fast vollständig. Es wäre zum Beispiel interessant gewesen zu erfahren, warum ein Zimmer als wohnlich/unwohnlich empfunden wird, welche Kategorie von Studenten die Möglichkeit hat, in der Nähe des Zentrums zu wohnen, oder zu wissen, warum Studenten am Abend so wenig in der Stadt zu finden sind, da gerade in der Stadt die Möglichkeit sozialer Kontakte mit der «übrigen Bevölkerung» vorhanden ist. Hintergründe sind manchmal wichtiger als die davorstehenden Tatsachen. Möchten die Studenten – wenn auch nicht unbedingt erklärtermassen – nicht eigentlich öfter in die Stadt als höchstens einmal pro Woche? Was hält sie davon ab? Dies wären Fragen, die zu wertvolleren Schlüssen führen würden als zur Feststellung, der Student sei eben pflichtbewusst und sparsam.

Nicht ausser acht lassen darf man, dass die Fragen einer Untersuchung oft einseitig vorgeprägt sind. So wurden zum Beispiel im vorliegenden Fall den Befragten hypothetische Varianten, die zwischen den Extremen «teures Zimmer in der Stadt mit viel Komfort» oder «billiges Zimmer in der weiteren Umgebung mit wenig Komfort» lagen, zur Wahl unterbreitet. Dass der Befragte sich für eine bestimmte Variante entscheidet, heisst unter diesen Umständen noch lange nicht, dass er sie für wirklich gut befindet, sondern nur für die am wenigsten schlechte. Denn die Möglichkeit «Zimmer mit mittlerem Komfort im Stadtzentrum zu einem tragbaren Preis» stand ja nicht zur Wahl.

Schon sind wir beim eigentlichen Pferdefuss von Meinungsumfragen: Solche Spielchen eignen sich glänzend, um gewisse Lösungen zu rechtfertigen, wobei die bestehenden Zustände einfach als unabänderbar vorausgesetzt werden. Es heisst dann etwa: «Wir bauen Studentenwohnhäuser weit aussen an der Peripherie, denn der Student will ja gar nicht im Zentrum wohnen.» Dabei gerät fast unter den Tisch, dass, wenn «der Student das will», er es nur deshalb will, weil vorausgesetzt wird, dass «Zimmer im Zentrum eben teurer sein müssen». Ein weiterer Irrtum besteht darin, die Ergebnisse einer Umfrage als a priori spezifisch für die befragte Gruppe zu betrachten: so wenn es heisst, man solle bedenken, «dass die übrige Wohnbevölkerung auch angenehmer lebt als früher» oder: «im Vergleich mit dem allgemein steigenden Wohnkomfort . . .», und wenn die Wohnungsnot als ein Problem gesetzt wird, unter dem Studenten besonders zu leiden hätten. Hier wäre zu fragen, wie sehr die betreffende Bevölkerung ihre Wohnsituation heute als angenehmer als früher empfindet: kleinere Wohnungen, grössere Distanz zum Zentrum (Schlafstädte), mehr Lärm etc. Zu behaupten, den Studenten komme in dieser Beziehung eine Sonderstellung zu, ist Ausdruck eines eher überheblichen Standesdenkens. Studenten haben genau die Schwierigkeiten, die jeder Mieter und Lohnabhängige in noch stärkerem Masse auch hat (während sich die Stadt entvölkert, bleibt die Zahl der Studenten, die in der Stadt wohnen, immerhin noch etwa konstant). Womit nicht gesagt sein soll, dass die Studenten nicht auch unter der Wohnungsnot leiden.

Nicht zuletzt dienen Umfragen dazu, soziale Probleme auf wirtschaftliche Probleme quantitativer Natur zu reduzieren. Dass zum Beispiel von «Produktivität des Studenten an der Hochschule» und von «Investitionen» im Bildungssektor die Rede ist, ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Und schliesslich zeichnen sich Umfragen durch einen gewaltigen Vorteil aus: Man kann sie vorzüglich als (ein zwar recht kostspieliges) Alibi benützen, um weiter nichts zu unternehmen. So bleiben auch die Vorschläge der Arbeitsgruppe, die die Wohnsituation betreffen, ziemlich unverbindlich: Verbesserung der Wohnungsvermittlung, nötigenfalls (!) Veränderung der Budgetprioritäten, gesetzgeberische Massnahmen. Geradezu grotesk wirkt die angestrebte «Verbesserung des Images des ETH-Studenten»; wie wenn es in Zürich darum zu wenig Zimmer hätte, weil der ETH-Student ein angeschlagenes Image hat! Zum Vergleich beachte man die mageren 4,5 Millionen (Baubudget der ETH für die nächsten paar Jahre: 600 Mio.), die Bund, Kanton und Stadt zusammen (!) in eine Stiftung für studentisches Wohnen investieren wollen. Obwohl schon seit 1959 die Unterkunftsbeschaffung für Studenten als «sehr im Interesse der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses» liegend bezeichnet wurde und seit dem Labhardt-Bericht 1964 (verlangt, dass 25% der Zimmer für Studenten von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden) immer wieder bezeichnet wird. Berichte und Umfragen haben eben mitunter die gleiche Funktion wie Festreden und Wahlversprechen: viel schöne Worte und weiter nichts.

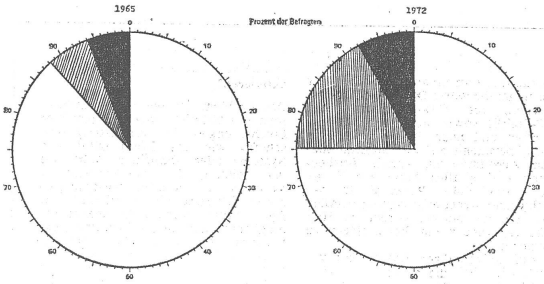
Pierre Freimüller

werden, bis eine fühlbare Besserung der Verhältnisse eintritt.

● Bemerkenswert ist die *abnehmende Wohnzufriedenheit* der Studenten in Zürich. Dies dürfte ein Ausdruck sein von absolut abnehmender Qualität der angebotenen Studentenzimmer, des Vergleichs mit dem allgemein steigenden Wohnkomfort und der starken Preissteigerung.

● Ausgeprägt tritt der *Trend der Studenten zur Emanzipation vom Elternhaus* in Erscheinung.

● Neben den Studenten ist aber *auch für Mittelbau und Personal der Hochschulen* eine Mieternot vorhanden (für wen eigentlich nicht? Red.), diese muss auch in die Betrachtungen einbezogen werden. Wird doch pro Studienplatz mit einem Folgenbedarf von einer Dreizimmerwohnung gerechnet (Student, Personal usw.).



Beurteilung der Wohnlichkeit des Zimmers

Weisse Fläche: fühlt sich wohl, wohnliches Zimmer
Schraffierte Fläche: eher unwohnlich
Schwarze Fläche: unentschieden, schwer zu sagen
(Quelle: Scope-Studentenumfrage 1972)

Das Mofa ist «in»

Was den *täglichen Arbeitsweg* betrifft, so hat sich der Zeitaufwand im Vergleich zu 1965 rein statistisch nicht vergrössert. Es muss jedoch festgehalten werden, dass der zeitliche Aufwand nicht der alleinige Massstab der gesamten Arbeitswegsituation sein kann; mitentscheidend ist die Bewertung der gesamten Wohnqualität.

Der Prozentsatz der verfügbaren Autos hat sich gegenüber 1965 nur leicht vergrössert. 19% haben heute ein Auto, bloss 8% aber geben an, dass sie regelmässig mit dem Auto zur Hochschule fahren. Demgegenüber hat die Gruppe der Motorvelo-/Roller-/Motorrad-Fahrer eindeutig an Boden gewonnen und macht heute ca. 1/6 der Studenten aus. Die Gruppe der Motorvelofahrer liegt preislich in *direkter Konkurrenz mit den öffentlichen Vekehrsmitteln. Bei gleichbleibenden Verkehrs- und Wohnverhältnissen ist innerhalb weniger Jahre mit einem Viertel zu rechnen.* Die Gruppe der Fussgänger und der Benützer von öffentlichen Verkehrsmitteln macht heute je etwas mehr als 1/4 aus.

Ausser Essen kaum Seitensprünge

Zwischen 3500 und 4000 Studenten der ETH nehmen ihr Mitagessen im Studentenheim oder in der Mensa ein. Das Verkehrsaufkommen der Studenten über die Mittagszeit ist deshalb relativ gering. Nach Unterrichtsschluss geht ein Grossteil der Studenten nach Hause und nimmt dort auch das Nachtessen ein. Pflichtbewusst und sparsam (nicht erstaunlich aufgrund der hohen

Stiftung für studentisches Wohnen

Stadt, Kanton und Bund haben die Gründung einer Stiftung für studentisches Wohnen beschlossen, die sie mit je 1,5 Mio. Fr. dotieren würden. Die Häuser der Stiftung würden «soweit möglich» einem studentischen Selbstverwaltungsorgan zur Verwaltung überlassen (man beachte das begrenzte Vertrauen in die bis anhin anstandslos funktionierende studentische Selbstverwaltung). Konkrete Projekte liegen noch keine vor. Und die recht geringe Summe von 4,5 Mio. Fr. (verglichen mit dem Nachholbedarf an Zimmern) wird immer geringer . . .

Arbeitsbelastung und der meist sehr geringen Budgets) ist auch die Gestaltung des Abends. Fast die Hälfte der Studenten sind bloss einen Abend pro Woche oder überhaupt nie in der Stadt anzutreffen.

Die Quote der Automobilisten unter den Studenten ist relativ gering, und die Resultate der Umfrage weisen darauf hin, dass sie auch in den nächsten Jahren nicht stark ansteigen wird. Ganz anders sieht das Bild aus bei den zweirädrigen Motorfahrzeugen. Hier sind weitere 20% geneigt, sich der Situation nach der Eröffnung der Aussenstation auf den Hönggerberg durch eine Umstellung auf Motorrad/Motorfahrrad anzupassen. Mag diese Zahl auch übertrieben sein, so ist doch zu erwarten, dass mit der Eröffnung der ETH Hönggerberg die Zahl der Studenten, die mit Motorrad/Motorfahrrad zur Arbeit kommen, auf 1/4, später sogar 1/3, anwachsen könnte – wenn nicht durch eine gute Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln diesem unerwünschten Trend entgegengewirkt wird.

Eine Lösung für den Transport Zentrum–Hönggerberg

Die Arbeitsgruppe Studentenumfrage der ETH-Planungkommission hat den VBZ vorgeschlagen, eine öffentliche Expresslinie auf den Hönggerberg mit Zwischenhalt am Bucheggplatz zu eröffnen und die Linie 69 vom Waidspital bis auf den Hönggerberg zu verlängern. Die Studenten haben ihrerseits angeregt, als Ersatz für den Gratisbus die VBZ-Monatsabonnemente für alle Studenten zu verbilligen (dies auch als Anreiz zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel). Die Antwort der VBZ stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Studentenzimmer – eine lohnende Investition

Versucht man, aus diesen Ergebnissen einige Schlüsse zu ziehen, so drängen sich folgende Feststellungen auf: Ebenso wie jeder andere junge Erwachsene will der Student in freiheitlichem, selbstgeprägtem Stil und mit angemessenem Komfort wohnen. Dieses Bedürfnis ist um so berechtigter, als der Student im Alltag abends hauptsächlich zu Hause arbeiten muss. Während aber die Anforderungen des Studiums ständig steigen, nimmt die angebotene Wohnqualität ab. Die Wohnzufriedenheit sinkt deutlich. Ist auch der Zeitaufwand für den Verkehr seit der Erhebung 1965 statistisch nicht grösser geworden, so hat sich doch der Verkehrskomfort verschlechtert. Der Verkehr spielt sich gedrängter, hektischer, unzuverlässiger und ungesunder ab. Wer glaubt, in dieser Beziehung von Studenten alle Opfer verlangen zu können, sollte bedenken, dass die übrige Bevölkerung heute auch angenehmer lebt als früher. *Die verschärfte Notlage auf dem Zürcher Wohnungsmarkt infolge krebsartig wuchernder Bürobauten – wieweit spielt sie bei den teils stagnierenden, teils rückläufigen Nachwuchszahlen der ETH mit?*

Zur schlechten Wohnsituation kommt ab Herbst 1973 die Zweiteilung Zentrum–Hönggerberg der ETH als weitere Schwierigkeit. Wohnlage und Verkehrsqualität werden noch wichtiger. Berücksichtigt man den Stellenwert, den die Wohnqualität für das *Wohlbefinden* und damit für die *Produktivität* des Studenten an der Hochschule einnimmt, so sind die *Investitionen in Studentenwohnungen im Verhältnis zu den Riesenbeträgen für Forschungs- und Unterrichtsbauten sehr gering. Wenn auf dem Hönggerberg von Campusatmosphäre gesprochen wird, so fehlt dafür die Hälfte: die nahen Studentenunterkünfte.* Die ETH sollte diese studentischen sozialen Fragen lösen, bevor es zu weiteren Abwanderungen der Mittelschüler an die Universitäten kommt. Die relativ rasche Verwirklichung der Siedlung Schauenberg mit ca. 250 Studentenunterkünften kann nach der jahrzehntelangen Vernachlässigung des Wohnproblems nicht Anlass sein, auf Lorbeeren auszuruhen.

Imageanhebung und andere Massnahmen

Die Umfrage liefert genügend gesicherte Unterlagen für die *rasche Verwirklichung der folgenden Vorschläge:*

● *Verbesserung der Wohnungsvermittlung,* besonders für neueintretende Studenten durch Mietpreis- und Depotgarantien, durch gezielte Zuschüsse für teure Wohnungsmieten in ETH-Nähe usw. In diesem Zusammenhang müsste das *Image des ETH-Studenten durch Information gehoben werden.*

● *Beschleunigte Beschaffung zusätzlicher Wohngelegenheiten,* nötigenfalls durch Veränderung der Budgetprioritäten gegenüber den vorgesehenen Institutsbauten. Es sei daran erinnert, dass der ehemalige Schulratspräsident Pallmann schon in der Botschaft Hönggerberg von 1959 die Dringlichkeit grosszügiger Unterkunftsbeschaffung für Studenten gegenüber dem Parlament begründete als *«sehr im Interesse der Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses»* liegend.

● Im Rahmen der *Gesetzgebung* und der Vollzugsverordnungen dazu sollten deshalb alle Möglichkeiten zur Förderung des studentischen Wohnens unterstützt werden.

Oeffentlichen Verkehr fördern

Zur Erschliessung der Aussenstation Hönggerberg und zur *Förderung des öffentlichen Verkehrs* müssten folgende Massnahmen ins Auge gefasst werden:

● Schaffung von guten *öffentlichen Verkehrsverbindungen aus allen Richtungen der Stadt* zur Aussenstation Hönggerberg.

● Entschädigung für die zusätzlichen Aufwendungen der Studenten z. B. durch angemessene *Verbilligung von Abonnementen,* wenn möglich unter Gleichbehandlung aller Studenten der ETH.

● *Erhöhung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel,* um einer unerwünschten Ausweitung des privaten Motorfahrzeuggebrauches zu steuern. Dazu gehört auch eine gezielte Parkplatzbewirtschaftung im Zentrum und auf dem Hönggerberg. (Parkplätze im Zentrum sollten z. B. nur für Mitarbeiter bereitgestellt werden, die den Wagen betrieblich benötigen.)

● Einbezug der Wohnungsbeschaffungspolitik für die Studenten bei der Lösung der Verkehrsprobleme.

Das Ziel aller Massnahmen soll sein: Minimieren des gesamten Verkehrsaufkommens der ETH.

Die aus diesen Vorschlägen entstehenden Kosten müssen im Verhältnis zu den gesamten jährlichen Betriebs- und Bauaufwendungen gesehen werden und sind zu messen an ihrer Wirkung auf Zeitausnützung, Studienproduktivität und Hochschulklima.

Haushaltrechnungen zur Ermittlung der Studienkosten

Im Durchschnitt gab der Student 1972 570 Fr. pro Monat für Studium und Unterhalt aus. Dies geht aus einer Frage der Umfrage hervor, bei der der Befragte seine Ausgaben schätzen musste. Zu beachten ist, dass sehr wahrscheinlich die Studenten, die bei den Eltern leben, den Anteil der Eltern nicht mitgeschätzt haben. Die Arbeitsgruppe Studentenumfrage der ETH-Planungskommission schlägt vor, inskünftig zur genaueren Erfassung der Studienkosten Studenten freiwillig eine Haushaltrechnung führen zu lassen.

Theologie

unser Fachgebiet, das wir entsprechend pflegen

Evangelische Buchhandlung

8001 Zürich, Sihlstr. 33

Die Krankenkasse wird teurer

28 Prozent des Jahresumsatzes müssen von einer Krankenkasse als *Vermögen* gehalten werden. So schreibt es der Bund vor, der mittels des Subventionswesens eine direkte Kontrolle über die Krankenkassen ausübt. Für die *Krankenkasse beider Hochschulen* schlägt diese Vorschrift ein akutes Loch in die Kasse: Statt des vorgeschriebenen Vermögens von über einer Million Franken sind knapp 600 000 Franken vorhanden. Will die Kasse nicht die Subventionsberechtigung verlieren, muss das Vermögen entsprechend vergrössert werden.

Die Krankenkasse beider Hochschulen kam vor allem aus zwei Gründen in diese unangenehme Lage:

● Die *Prämien* der Krankenkasse waren immer sehr niedrig und wurden nur erhöht, wenn es *wirklich nötig* war für die laufenden Ausgaben.

● Die *wachsenden Studentenzahlen* haben die Ausgaben stark ausgeweitet. Die neuen Studenten haben aber noch *nichts zur Vermögensbildung beigetragen.*

Heute bedingt die Finanzlage einige Sofortmassnahmen. Die Sanierung lässt drei Wege offen: eine Prämienerhöhung, eine Leistungsreduktion oder eine Kombination der beiden Massnahmen. Beschritten wurde der dritte Weg: Beitragserhöhung und Leistungsabbau in verantwortbarem Rahmen.

Im Zusammenhang mit der Beitragserhöhung wurde lange diskutiert, ob nicht eine für alle Studenten *obligatorische Spitalzusatzversicherung* eingeführt werden sollte. Dank dem Obligatorium hätte eine solche Versicherung trotz den billigen Prämien einen ansehnlichen Gewinn erbracht. Der Gewinn hätte vor allem darin bestanden, dass diese neue Versicherung der bestehenden Krankenversicherung einen Teil der Leistungen abgenommen hätte.

Die Spitalzusatzversicherung wurde vom Vorstand der Krankenkasse *abgelehnt.* Sie hätte zwar den Vorteil gehabt, dass den Studenten später die Freizügigkeit bei einem Uebertritt in eine andere Krankenkasse auch für diesen Versicherungszweig zugestanden hätte. Dieser Vorteil wog besonders schwer, weil die Freizügigkeit gerade für gesundheitlich Beeinträchtigte wichtig ist. Durch eine entsprechende Information und durch das Anbieten einer *freiwilligen Krankenzusatzversicherung* soll diesem entgangenen Vorteil weitgehend begegnet werden.

Die obligatorische Spitalzusatzversicherung hätte aber auch *wichtige Nachteile* gehabt:

● Sie wäre *unehrlich* gewesen, weil sie *einen unumgänglichen Prämienaufschlag* mit dem *Deckmantel der Leistungssteigerung* verschönert hätte. Die Leistungssteigerung wäre aber kaum ins Gewicht gefallen, weil ein Teil der alten Versicherungsleistungen auf die neue Versicherung übertragen worden wäre. Man wäre also für etwas versichert worden, was man schon bisher weitgehend versichert hatte.

● Sie hätte zweierlei Kassenpatienten geschaffen, weil je nach Kanton und Spitaltarif teilweise eine halbprivate Behandlung in Spitälern möglich geworden wäre. Der Kanton Zürich wäre *eindeutig bevorzugt* worden.

Der Vorstand der Krankenkasse wird deshalb dem Delegiertenrat der Kasse empfehlen, auf diese Zusatzversicherung zu verzichten. Statt dessen wird ein ordentlicher Prämienaufschlag von *3 Franken pro Monat* beantragt. Mit diesem Aufschlag sollte die Kasse einige Zeit auskommen können. Als Gegenleistung übernimmt die Kasse alle Kosten der allgemeinen Abteilungen in Spitälern, Tbc- und psychiatrischen Kliniken sowie für Badekuren, dies in der ganzen Schweiz. Mit dieser Umverteilung der Kassenleistungen von der teilweisen Bezahlung halbprivater Behandlungen auf die volle Deckung allgemeiner Tarife geht die Krankenkasse einen wichtigen Schritt weiter auf dem Weg zum sozialen Ausgleich.

Der Aufschlag der Prämien kann die Studenten kaum erfreuen. Die Krankenkasse – einst als Preiswunder zum Obligatorium erklärt – wird erneut unter Beschuss geraten. Trotz dem zu erwartenden Preisaufschlag ist die Krankenkasse beider Hochschulen aber immer noch *sehr preiswert* (ungefähr 3 Franken billiger pro Monat als andere Kassen). Zudem ermöglicht die studentische Solidarität, dass auch die *ausländischen Studierenden einen ausreichenden Versicherungsschutz* geniessen.

Paul R. Lehmann (KStR)

Fort vom Fortschritt

Zur Berufung Werner Webers als Professor für Literaturkritik

Zum Verständnis dessen, was sich im elfenbeinernen Turm der Universität abspielt, vorerst folgende Fakten (die mitzuteilen sind, weil sich unsere Hochschulen seit Jahren mit Erfolg vom gemeinen Volk abheben und den Graben zwischen Kopf- und Handarbeit damit unanfechtbar aufrechterhalten, elitär und zynisch zugleich):

1. Es besteht seit Jahren in den meisten Fachkreisen der Philologie wie der Sozialwissenschaften ein unbestrittener Mangel an Lehrkräften (Dozenten und Assistenten).

2. Um ihr Ziel zu erreichen und zugleich relevante Wissenschaftszweige an die Universität zu holen, schlagen die Studenten u. a. fortschrittliche Lehrkräfte, die das Bild der elitär-bürgerlichen Universität des letzten Jahrhunderts überwunden haben, zur Berufung vor. Dies im Interesse der Wissenschaft und der Universität.

3. Ein Weg, die auf lange Sicht nicht zu verhindernde Demokratisierung der Hochschulen zu unterbinden, führte im Fall Zürichs von seiten der autoritären zuständigen Staatsstellen (Erziehungsdirektion, Erziehungsrat, Professorenschaft) zu zwei Grundmustern von Massnahmen:

a) Unter dem Vorwand von Sparmassnahmen wurden Neuberufungen verhindert oder in Frage gestellt. Bevor man diese Taktik des Hinauszögerns entwickelt hatte, oder wo sie nichts half, bediente man sich der Ignoranz der Mehrheit der Professorenschaft, um fortschrittliche Lehrer von der Universität einstweilen fernzuhalten; Inkompetente und zum Teil schlicht lächerliche Argumente wurden gegen Berufungen ins Feld geführt (vgl. Fall *Holz,* Bern, *Kühnl,* Zürich, das noch laufende Berufungsverfahren für einen Literatursoziologen u. a.).

b) Zugleich fanden und finden jedoch Berufungen in eigener Regie statt, ohne dass die Studenten auch nur im geringsten hätten darauf Einfluss nehmen können: Ein dankbares Beispiel dafür ist die versuchte Berufung eines bekannten kalten Kriegers für einen für ihn neugeschaffenen Lehrstuhl für *«Kriegsgeschichte»* (!). Durch Indiskretionen gelang die Protektion in diesem Fall an die Oeffentlichkeit. Dies geschieht, während die relevanten Zweige der Geschichtswissenschaft an der Universität sich nur mit Mühe über Wasser halten können (es fehlen u. a. Politologen, Sozial- und Wirtschaftsgeschichtler).

Erst von hier aus ist verständlich, was sich weiter abspielt, wenn die oben erwähnte Meldung in der Zeitung auftaucht. Während die Studenten jahrelang mit den Professoren um die Besetzung eines Lehrstuhls verhandeln (so u. a. auch über die Notwendigkeit einer öffentlichen Ausschreibung), wird plötzlich «von oben» jemand hingesetzt, wobei damit zwei Dinge beabsichtigt sind und erreicht werden: Erstens hat man stillschweigend denjenigen gewählt, der dem bestehenden Lehrkörper und der Verwaltung passt. Zweitens hat man sich ein Alibi gegen die Forderungen der Studenten verschafft («Was wollen die Studenten eigentlich – jetzt haben wir doch einen neuen Lehrstuhl geschaffen?»).

Im speziellen Fall der Berufung Webers sind noch zusätzlich folgende Fragen zu stellen:

1. Warum wurde die Stelle nicht öffentlich ausgeschrieben?

2. Welche Protektion ist nötig, um auf gleiche Weise in die Universität zu rutschen?

3. Die fachliche Qualifikation Webers ist zu untersuchen, insbesondere auch sein Ansatz zur Literaturbetrachtung, denn: während die Literaturwissenschaft sich selbst nach ihrer Wissenschaftlichkeit befragt, ist ihr mit literarisch verbrämter Publizistik schlecht gedient.

Z. A. Z., Zürich

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule.

Erscheint achtmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66. CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ✆ (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80–35598.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH–8023 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss: 21. Juni
Inseratenschluss: 26. Juni

POCH: Die unbiederen Brandstifter?

Seit dem Frühjahr 1973 gibt es auch in Zürich eine POCH-Hochschulgruppe. An den Universitäten Bern und Basel ist es der Gruppe bereits gelungen, ihre Mitglieder in die studentischen Exekutiven zu entsenden (in demokratischer Wahl). Man wird sich also mit dem Phänomen «Progressive Organisationen» auch in Zürich auseinanderzusetzen haben in der nächsten Zeit. Da es uns nicht legitim scheint, eine Hochschulgruppe mit Zitaten aus internen Protokollen oder persönlichen Aeusserungen ihrer Mitglieder vorzustellen, befragte der «zürcher student» den Basler Daniel Vischer, der in Zürich die POCH aufbaut, Peter C. Meyer und Herbert Ammann zu Zielen und Strategie der POCH-Hochschulgruppe. tgr

Die progressiven Organisationen, hervorgegangen aus der antiautoritären Bewegung, sind in Staat und Hochschulen auch in der Gremienpolitik dabei. Man muss deshalb annehmen, dass ihr eher die systemüberwindende Reform postuliert als Mittel, im Gegensatz etwa zur Ligue, die die gegenwärtige Gremiumpolitik abzulehnen scheint.

Dies ist nicht richtig, weil sich die POCH als *revolutionäre Partei* auf der Grundlage des wissenschaftlichen Marxismus versteht. Es gibt allerdings verschiedene Phänomene, die die POCH zwingen, aus taktischen und strategischen Ueberlegungen gewissen Reformbestrebungen zu unterstützen. Gründe dafür sind die *totale Orientierungslosigkeit* der Arbeiterschaft, in die sie durch die *Ideologie der Sozialpartnerschaft* geführt wurde und aus der sie durch die als extrem empfundenen Forderungen von Gruppen der neuen Linken nicht herausgeführt werden kann.

Andere Gruppen scheinen sich von diesen Phänomenen nicht so beeindrucken zu lassen wie die POCH. Die Klassenlage könnte ja auch in den Betrieben erläutert werden.

Selbstverständlich ist Basisarbeit in Betrieben, im Mieterkampf, in Schulen auf dem Planungssektor äusserst wichtig und ist ein Teil unserer Arbeit. Wir halten aber die Gremienpolitik ebenfalls für ein Mittel, der breiten Masse diese Klassenlage mit ebenden Institutionen, die der sogenannt parlamentarische Staat zur Verfügung stell, bewusst zu machen. In diesem doppelten Sinn ist es unser Ziel, eine konsequente Aufbauarbeit zu leisten.

Welches sind nun die «Angriffspunkte» auf Hochschulebene?

Es gibt im wesentlichen zwei: die direkte Basisarbeit z. B. in den Fachschaften, wo der einzelne Student direkt Repressionen zu spüren bekommt, als Beispiel sei hier nur die AKP im journalistischen Seminar erwähnt. Und zweitens die universitären Reformen, die wir als Aufhänger benützen, um die Gesamtzusammenhänge klarzumachen. Die Reform ist für uns nur ein Mittel, revolutionäres Bewusstsein zu schaffen. Es ist allerdings festzuhalten, dass Gremienpolitik und Reformpolitik nicht identisch sind. Gremienpolitik ist auch dann sinnvoll, wenn man damit der Basis klarmachen kann, dass durch ebendiese Institutionen keine grundlegenden Verbesserungen ihrer Situation zu erreichen sind.

Die POCH tritt für vier Wochen Ferien für Lehrlinge, die 40-Stunden-Woche ein. Sie war gegen Gaspreis- und Tramtaxenerhöhung und ist auch auf den populären Stipendienzug an der Hochschule aufgesprungen. Ein beachtlicher Aktionismus!

Den Vorwurf des Aktionismus müssen wir energisch zurückweisen. Es geht aus ellen unseren Publikationen hervor, dass wir die Dinge in den Gesamtzusammenhang stellen, der da ungefähr wäre: Der lange Arbeitsfrieden, die Gewerkschafts- und SP-Politik sowie neue Produktionsformen und neue ökonomische Formen, beruhend auf der internationalen Arbeitsteilung, sprich Ausbeutung – dies alles hatte zur Folge, dass das linke Potential in der Schweizer Arbeiterbewegung verwässert und zersplittert worden ist. Hier gilt es, wieder ein Bewusstsein zu schaffen.

Auf universitärer Ebene sind wir wahrscheinlich die einzigen, die darauf hinweisen, dass eine technokratische Strukturreform tatsächlich im Kommen ist. Als Kräftefelder bestehen einmal die Wirtschaft, dann die humanistischen Dozentenhierarchien, die immer mehr von den wirtschaftsgelenkten Technokraten abgelöst werden oder zu ihnen überlaufen, und drittens die Studenten, die die Arbeiterklasse zu vertreten haben. Wenn es gelingen sollte, die Studentenschaften lahmzulegen – wie das jetzt überall versucht wird –, dann ist eine der wichtigsten potentiellen Gegenkräfte zur technokratischen Strukturreform beiseite geschafft.

Welches ist eigentlich eure ideologische Grundlage? Aus der Anschauung hat man eher das Gefühl, es mit auflüpfigen Liberalen als mit Marxisten zu tun zu haben.

Ich weiss nicht, ob es Unkenntnis oder böse Absicht ist, dass man der POCH ein Wort wie Liberalismus unterschiebt. Um klarzustellen: Die POCH versteht sich als marxistisch-leninistische Organisation im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung. Auf Schweizer Ebene legen wir unser Schwergewicht auf eine Politik der Bündnisse mit den kommunistischen Parteien: um zusammen mit den ausländischen und den schweizerischen Arbeitnehmern eine Organisation zu schaffen, die dann auch tatsächlich Klassenkämpfe durch politische Arbeit vorantreibt.

Wer heute Politik will, braucht zuerst einmal Mitglieder. An Interesse, Mitglied einer politischen Organisation zu werden, fehlt es heute allenorts, nicht zuletzt auf Hochschulebene. Der GStR ist nicht voll besetzt. Wie will die POCH die Basis aktivieren?

Das Problem der politischen Indifferenz entsteht nicht wegen allgemeiner Erscheinungen der «Industriegesellschaft» wie der Komplexität des Systems oder ähnlichem. Wir sind der Meinung, dass die Schweiz im Vergleich zu andern westeuropäischen Ländern ein Sonderfall ist: Der intakte Produktionsapparat ermöglichte nach dem 2. Weltkrieg extensives industrielles Wachstum mit Hilfe der Fremdarbeiter. Dies bedeutete für die Schweizer Arbeiter sozialen Aufstieg. Heute befindet sich die Schweizer Wirtschaft in einem Umbruchprozess (die Kapitalisten sprechen von «struktureller Bereinigung»), in dessen Verlauf hoffentlich der dreissigjährige Arbeitsfrieden zu Ende geht.

Die Akademiker werden nun vermehrt im Bereich von Forschung und Entwicklung den Interessen der grossen Unternehmen direkt untergeordnet. Hochschulabsolventen können heute nicht mehr damit rechnen, einmal zur Kapitalistenklasse (z. B. als Top-Manager oder freiberuflicher Kleinbürger) zu gehören. Wenn man Hochschulpolitik ausrichtet auf diese veränderte Situation der Akademiker, sollte es möglich sein, die Studenten wieder zu aktivieren, weil sie gleiche Interessen haben wie die Arbeiter.

Welche Problemkreise schliesst die POCH aus ihrer Arbeit aus?

Entsprechend unserem Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung der Studentenschaften bekämpfen wir ständische Forderungen. Wir schliessen Probleme aus, die nicht aus dem Klassengegensatz erwachsen.

Welches Verhältnis hat die POCH zur Gewalt?

Diese Frage kann nur im Zusammenhang mit einer ganz bestimmten historischen Situation gestellt und beantwortet werden. Wir unterstützen selbstverständlich die Befreiungsbewegungen in Indochina, in Afrika und in Lateinamerika. Für die Schweiz sind wir nicht der Ansicht, dass momentan Gewalt ein adäquates Mittel ist.

uni

Diskreter Charme der POCH

Unnötig, an die POCH heranzugehen wie an einen Geheimbund. Die gleichen Ergebnisse sind auch im offenen Gespräch zu erzielen. Die POCH gibt bereitwillig Auskunft, legt Ziele und Strategie offen auf den Tisch.

Kein Zweifel, die Leute wissen mit den Mitteln des «sogenannten parlamentarischen Staats» – um dies zu hören, braucht man heute nicht mehr unter die Kommunisten zu gehen – bestens umzugehen; Parlamentarismus ist für die POCH Beginn zum Aufbau eines revolutionären Bewusstseins. Gewalt lehnen sie (noch) ab.

Ihre Vertreter hocken vielmehr in soliden Ratsherrensesseln verschiedener Gemeindeparlamente, sie sprechen in NZZ-Manier vom Sonderfall Schweiz und verbreiten ihre Parolen manierlich über die Allgemeine Plakatgesellschaft, und nicht über die Hauswände der Universität.

Damit also soll revolutionäres Bewusstsein geschaffen werden; wohlverstanden: nicht kritisches, sondern revolutionäres. Dass dies gelingt, ist nicht recht zu glauben. Wohl ist man der POCH zum Beispiel zu Dank verpflichtet für die Initiative gegen die Tramtaxenerhöhung, in revolutionäres Bewusstsein wird das aber noch lange nicht umschlagen. So einfach liegen die Dinge nicht; und Parolen, die glauben machen wollen, jede Stimme für die POCH sei eine Stimme für die Kommunisten, sind Beleidigungen, über die man hinweggehen kann.

Ernst macht die POCH vorläufig nur in – recht geschmeidigen – Worten, die Taten sind eher bürgerlich. Um eine Prophezeihung zu wagen: Die POCH wird, wahrscheinlich zu Recht, weitere Einzelerfolge verbuchen, im übrigen aber zu jenen Grüppchen gehören, die sich dauernd selbst einzureden brauchen, diese «ihre» Erfolge trügen zum revolutionären Bewusstsein bei.

Die Arbeit der POCH-Hochschulgruppe kann noch kaum beurteilt werden. Zu sagen ist aber, dass es mit Aktionismus kaum getan sein wird; auch die POCH wird – wie viele «Reformpolitiker» – davon auszugehen haben, dass sich der Normalstudent trotz beschissener Stipendiensituation, überfüllten Hörsälen und Wohnungsnot politisch nicht aktivieren lässt. Will man die verfasste Studentenschaft nicht gefährden – es gibt genug Rechtsgerichtete, die darauf lauern –, so bleibt wohl nur konsequentes und kompetentes Einstehen für Reformen auf allen Ebenen übrig. Das ist viel und nichts zugleich. Zu hoffen ist, dass die POCH sich dieser Einsicht nicht verschliesst. *Thomas G. Rüst*

Wohin mit den «Kohlen»?

Auch die Studentenschaft hat Finanzprobleme

Vielen Studenten ist kaum bekannt, dass die *Studentenschaft* ein ziemlich grosser Laden ist. Die Studentenschaft bietet den Studenten eine beachtliche Zahl von Dienstleistungen an, die meisten, ohne dafür Beiträge zu erheben. Ohne auf Vollständigkeit zu achten, seien davon erwähnt: der Lesesaal, die Rechtsberatung, die Stipendienberatung, die Arbeitsvermittlung, die Druckerei, die Zentralstelle, das Kulturprogramm, die Informationsmedien.

Neben der Studentenschaft arbeiten an der Universität die Fakultäten und die *Fachschaften*. Sie vertreten die Interessen der Studenten am Arbeitsplatz. Auch sie bieten viele Dienstleistungen an: den Informationsdienst, die Organisation von Vorträgen, die Durchführung von Seminarien, Anlässen.

Wenn man von Finanzproblemen spricht, gilt es zwei Probleme im Auge zu behalten: die Einnahmen und die Ausgaben.

Betrachten wir einmal die *Einnahmen*. Die Studentenschaft als Zwangskörperschaft hat es hier einfach: Sie erhebt von den Studenten mit dem Semesterbeitrag 12 Franken, eingezogen von der Kasse der Universität. Zürich ist mit 12 Franken übrigens eine *sehr billige Studentenschaft*. Die Fakultäten und Fachschaften haben es hier schwieriger. Sie bekommen einmal einen Beitrag von der Studentenschaft (ungefähr 200 Fr. plus 1.20 Fr. pro Studenten, je nach Aktivität). Für viele Fakultät oder Fachschaften ist das die einzige Finanzquelle (z. B. für die Juristen und Oekonomen). Andere Fachschaften erheben weitere Beiträge von den Studenten. Weil das Inkasso aber nicht über die Kasse der Universität geht, ist es schwierig, alle Studenten zu erreichen.

In kleinen Fakultäten und Fachschaften oder dort, wo sich die Studenten einschreiben müssen (Medizin), funktioniert diese Art der Finanzierung gut. Für andere Fakultäten oder Fachschaften kommt sie nicht in Frage. Die Finanzproblematik der Fakultäten und Fachschaften verschärft sich noch durch die verschiedenen Organisationsformen der Fakultäten. Bei den Fakultäten Phil I und Phil II besteht über den Fachschaften die Fakultätsorganisation. Diese bekommt die Beiträge der Studentenschaft und verteilt sie dann auf die Fachschaften. In allen anderen Fakultäten geniessen die Fachschaften die Finanzhoheit, weil keine Fakultätsorganisation besteht oder weil Fachschaft und Fakultät das gleiche sind.

Das Finanzproblem der Studentenschaft liegt, was die Einnahmen betrifft, also bei den Fakultäten und Fachschaften. Es gilt, eine Beitragsart zu finden, die alle Studenten gleich betrifft. Eine Möglichkeit wäre, dass auch für die Fakultäten und Fachschaften das Inkasso über die Semesterbeiträge geht. Je nach Aktivitäten brauchen aber die Fakultäten oder Fachschaften verschiedene Beiträge. Die Frage, ob die Kasse verschiedene Semesterbeiträge je nach Fakultät oder sogar Fachschaft einziehen könnte, ist nicht geklärt.

Betrachtet man die *Ausgaben*, so stellt man fest, was in allen Budgets der Schweiz geschieht: Die Teuerung hat eine Ausgabensteigerung zur Folge. Da sich die Aktivitäten der Studentenschaft zudem weiter ausdehnen (neue Aufgaben durch verstärkte Mitbestimmung oder neue Dienstleistungen), entsteht ein weiterer Kostendruck. Eine Beitragserhöhung wird kaum zu umgehen sein, ohne die Aktivitäten stark einzuschränken, und das dürfte kaum im Interesse der Studenten sein.

Der KStR bemüht sich, für diese Probleme eine Lösung zu finden. Da Beitragsänderungen (oder sogar Neuregelungen) einen recht langen Instanzenweg passieren müssen, ist in nächster Zukunft keine spektakuläre Neuerung zu erwarten. Die Weichen gilt es aber bald zu stellen. *Paul R. Lehmann*

Hochschulkampfgruppe gegen Repression der Hochschulbehörden

In Gilgens Erziehungsdepartement wird gegenwärtig ein Entwurf für eine neue Hausordnung vorbereitet, die auch den letzten Winkel der Universität und ihrer Institute erfassen und jene Lücken der Kontrolle schliessen soll, die das berüchtigte Regulativ noch offengelassen hat.

Einen Vorgeschmack der Reglementierungs- und Disziplinierungspläne der Uni- und Erziehungsbehörden liefert der Konflikt am Journalistischen Seminar (JS): Mit Schreiben vom 4. Juni hat sich Seminarleiter Padrutt geweigert, die Arbeitsgruppe Kritische Publizistik (AKP) in den Seminarräumen und mit dem Video-Apparat des JS an ihrer Analyse der Deutschschweizer Tagesschau arbeiten zu lassen.

Padrutts Bewilligungspraxis, die mit der Hochschulbürokratie abgesprochen wurde, kennt nur zwei Kategorien: offizielle Lehr- und Forschungsveranstaltungen unter direkter Dozentenkontrolle oder allenfalls Anlässe von Gruppen, die beim Rektorat registriert sind und damit dem Regulativ unterstehen. Autonome Arbeitsgruppen haben in diesem Schema keinen Platz und werden vor die Tür gestellt – obschon es an der Uni Zürich schon immer solche Gruppen gegeben hat, weiter gibt und geben wird.

Um den Kampf gegen die wachsende behördliche Repression gemeinsam aufzunehmen, hat sich eine Hochschulkampfgruppe (HKG) gebildet, in der Studenten beider Zürcher Hochschulen mitarbeiten, unter anderem Militante aus einem Dutzend Arbeits- und Basisgruppen. Die HKG wird für eine zentrale Antwort auf den zentralen Angriff der Behörden sorgen, die sich zur Verteidigung des bürgerlichen Lehrbetriebes folgendes Repertoire zugelegt haben:

- Einschüchterung Einzelner durch Disziplinarmassnahmen und deren Androhung,
- Andrehen der Leistungsschraube, permanenter Prüfungsdruck,
- Schaffung neuer repressiver Instrumente wie Regulativ und neue Hausordnungen,
- Effektivierung der staatlichen Kontrolle über Universität.

Die HKG ist nicht ein Basisgruppen-Delegiertenrat, sondern eine selbständige Kraft, die in engster Zusammenarbeit mit den Basisgruppen zentrale Aktivitäten vorbereiten soll. Sie trifft sich jeden Donnerstag um 18.00 Uhr in der VSETH-Baracke.

Für den konkreten Fall der AKP und dessen Hintergründe hat die HGK folgende Forderungen aufgestellt:

- gegen die Reglementierung von autonomen Gruppen (Bewilligungspflicht, Regulativ, neue Hausordnungen),
- für freien Zugang und freie Benützung von Lehr- und Forschungseinrichtungen,
- ungehinderte Fortführung der Arbeit der AKP am Institut.

Vor dem Hintergrund dieser Forderungen und gestützt auf die Solidarität der HKG, tagt die AKP weiter in den Räumen des JS, um ihre Analyse der Tagesschau abzuschliessen und später zu veröffentlichen. Am Mittwoch, dem 20. Juni, wird die AKP um 12.15 Uhr erste Ergebnisse ihrer Analyse in der Aula der Uni präsentieren und dabei auch auf die Repressionsversuche der Behörden eingehen. *hk*

Achtung Fremdenpolizei

Folgende Verfügungen können durch die Fremdenpolizei gegen Ausländer erlassen werden: Wegweisung, Ausweisung, Einreisebeschränkung, Einreisesperre, Abweis von Bewilligungsgesuchen, *Rekurse* gegen solche Verfügungen haben generell *aufschiebende* Wirkung, wenn nicht im *Einzelfall* die aufschiebende Wirkung entzogen wird.

Die Rebeko hat festgestellt, dass vorgedruckte Verfügungsformulare den *rechtswidrigen (alten) Vermerk: «Rekurse haben keine aufschiebende Wirkung»* enthalten. Von solchen Verfügungen Betroffene sollen sofort weitere Erkundigungen einholen oder sich bei der Rechtsberatungskommission (c/o KStR, Rämistrasse 66, Tel. 32 92 87) melden. *REBEKO*

Wir haben viel Platz für Sie —
zum Lesen, zum Stöbern.

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie Zürich

Wählen Sie selbst —
wir beraten Sie gerne.

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

Wir sind ein Planungs- und Beratungsinstitut und bearbeiten vielfältige Aufträge in der Schweiz, Oesterreich, Deutschland und Frankreich. Zu unseren Aufgabenbereichen gehören sozio-ökonomische Grundlagenuntersuchungen, Regional- und Ortsplanungen, Ortskern- und Quartierplanungen, Infrastrukturplanungen, Standortanalysen, Marketinganalysen und Investitions- und Finanzplanungen.

Spezialisten aus den Bereichen Städtebau, Ökonomie, Soziologie, Architektur, Geografie und Systemanalyse arbeiten in Form von Teams eng zusammen.

Wir suchen **Architekten-Planer,** um unsere Kapazität dem Anspruch und Umfang unserer Aufgaben entsprechend erweitern zu können.

Wir wünschen uns Mitarbeiter, die selbständig Probleme bewältigen können, aber auch Diskussionen und regen Erfahrungsaustausch schätzen.

Umgekehrt bieten wir Ihnen neben den üblichen Leistungen auch Möglichkeiten für Weiterbildung und eigene Forschung sowie zum Publizieren von Untersuchungsergebnissen.

Wenden Sie sich an Herrn Dr. Wiegand, Sperrstrasse 42, 4005 Basel, Telefon 061 25 89 60, **BURCKHARDT PLANCONSULT AG**

PETER STUYVESANT SUCHT:

männliche Mitarbeiter für

Werbeaktionen

Tageweiser Einsatz, ideal für Studenten.

Wir bieten Ihnen:
- Interessante Tätigkeit im Bereich der Verkaufsförderung (kein Haus-zu-Haus-Verkauf)
- Vielseitige Ausbildung
- Attraktives Salär mit garantiertem Minimum
- Die Möglichkeit, den Einsatz in gewissem Rahmen selbst zu bestimmen
- Einsatz tage- oder halbtagsweise (inkl. Weekends)
- Modische Bekleidung

Wir erwarten:
- Gepflegte, modebewusste Erscheinung
- Sicheres und überzeugendes Auftreten
- Kontaktfreudigkeit
- Teamgeist
- Idealalter 18 bis 25 Jahre

Wenn Sie sich für diesen interessanten und abwechslungsreichen Job interessieren, rufen Sie uns bitte an.

INSALCOR AG, Kastellstrasse 1, **8623 Wetzikon,** Tel. (01) 77 27 55

Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik

Unsere Spezialgebiete:

Mathematik
Physik
Chemie
Geologie
Mineralogie
Geographie
Astronomie
Zoologie
Botanik
Biologie
Landwirtschaft
Elektrotechnik
Datenverarbeitung
Maschinenbau
Bautechnik
Wirtschaft

Freihofer AG

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik
8006 Zürich
Universitätsstrasse 11
Tel. 47 08 33/ 32 24 07

Zelte, Camping

Beratung und Verkauf von Zelten und Campingartikeln durch Fachleute. Permanente Zeltausstellung im Soussol. Alte Zelte werden an Zahlung genommen! Vermietung zu günstigen Bedingungen. Täglich durchgehend geöffnet von 8.00 bis 18.30 und Donnerstag bis 21.00 Uhr. Parkplatz vor dem Hause.

STADI-SPORT
Josefstr. 59 8005 Zürich Tel. 01 44 14 88

Zum guten Essen

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-in-Menus** (Getränk –.75, Kaffee –.75).

aschinger

Biber + Wellenberg

Die von Studenten bevorzugten Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek), 100 Schritte vom Limmatquai (»Wellenberg« am Abend mit Pianist).

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei)

jedermann kann blind maschinenschreiben lernen

...in nur 14 Stunden!

ZEHNFINGER SYSTEM

Täglich 1 Stunde, während 14 Arbeitstagen

Wählen Sie die Kurszeit zwischen 08.00 und 19.15 h. Keine eigene Maschine erforderlich. Kein Üben zu Hause. Keine Bücher und Lehrmittel. Täglich beginnen Anfängerkurse. Täglich beginnen 10 Schnellschreibkurse. Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten und AHV-Bezüger.

Gratis-Demonstration
jeden Montag und Donnerstag 18.00 und 19.15 h
jeden Mittwoch 16.00 h

SIGHT+SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG
Löwenstrasse 23, 8001 Zürich, Tel. 051-27 15 00

Unser Spezialgebiet ist **Evangelische Theologie**

Sie finden uns in nächster Nähe an der

CVB Buch + Druck **Schifflände 24, Tel. 32 09 70,** und an der **Badenerstrasse 69, Tel. 39 81 55**

Abonnieren Sie den «zürcher student». Für Fr. 13.– pro Jahr sind Sie dabei.

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 051/46 40 44

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen, Feldstecher, Höhenmesser, Lupen und Kompasse

Harte Kontaktlinsen
Studentenpreis
Fr. 395.– netto

Weiche Kontaktlinsen
Studentenpreis
Fr. 500.– netto

Student

mit mindestens einem Semester Studium der **Betriebs-** oder **Volkswirtschaft** findet in unserer Marketingabteilung

Teilzeitjob

(15—20 Stunden pro Woche: Auswertung der Tagespresse).

Wir sind ein Dienstleistungsbetrieb in Winterthur und erwarten gerne Ihre schriftliche Kurzofferte unter Chiffre-Nr. 4059 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

transteam ag
Temporäre u. Dauerarbeitskräfte
Rämistr. 5/A, 8001 Zürich 01 47 99 66

Sotheby's

sucht

für Sommermonate

Studenten oder Studentin

zur Mitarbeit

Einfache Maschinenschreibkenntnisse erforderlich.

Sprachkenntnisse und Fahrausweis erwünscht, aber nicht unerlässlich.

Vielseitige, interessante Arbeit.

Sich melden bei:

SOTHEBY'S
Miss Edwards, Bleicherweg 18, **Zürich, Tel. 25 00 11**

«Rossi-Plan»: Mehr Stress und Technokratie

Im Herbst 1972 ist auch in Zürich ein neuer Studienplan für die vorklinischen Semester angelaufen. Es ist dies die erste Phase des «Rossi-Plans», eine eidgenössische Reform der Prüfungsbestimmungen, welche eine Verkürzung des Medizinstudiums erzwingt. Die Vorklinik ist von 5 Semestern auf 4 gekürzt worden. Damit wurden auch Jahreskurse eingeführt und der Studienbeginn auf den Herbst vorgeschrieben (Widerspruch zum kantonalen Hochschulgesetz von 1859). Die Prüfungstermine wurden mit dem Militär koordiniert und so angesetzt, dass die Studenten in die RS und UO einrücken können. Damit die Chancengleichheit gewahrt bleibe (Vorbereitungszeit für die Prüfung), wurde der Termin im Juli für das erste Prope als obligatorisch erklärt. Ausserdem waren – obwohl im kantonalen Hochschulgesetz nicht vogesehen – Kürzungen der Frühjahrsferien vorgesehen, was in Basel und Bern als einzige Kantone durchgeführt wird.

Die 396 Studenten, die im Herbst 1972 in den «Rossi-Plan», kamen, fanden sehr ungünstige Bedingungen vor. Zürich war die einzige Fakultät, die noch keinen faktischen Numerus clausus eingeführt hatte. Der Platz war schon zu Beginn äusserst knapp. Die Vorlesungen mussten sämtliche doppelt geführt werden; die Kurse 3- bis 4fach. Dabei konnte keine Vorlesung ausgelassen und der Stoff zu Hause aufgearbeitet werden, da entweder gar keine oder nicht neu überarbeitete Skripten vorhanden waren. Der genaue Prüfungsstoff wurde zum Teil erst vor kurzem bekanntgegeben. Die Bereitschaft, Skripten zu schreiben, ist nach wie vor klein.

Im Winter waren die Studenten die eine Hälfte des Semesters 34 Stunden pro Woche in Vorlesungen und Kursen. Im Sommersemester kamen die Mediziner sogar bis auf 45 Wochenstunden. Am Donnerstag hatten sie von 08.00 bis 21.00 Uhr nur eine Freistunde um 16.00, am Dienstag von 08.00 bis 20.00 sogar überhaupt keine. Dabei rückte der Prüfungstermin immer näher. Wenn ein Vorkliniker im zweiten Semester sich seriös auf Kurse, Vorlesungen und Prüfung vorbereiten möchte, darf er sich eine 80-Stunden-Woche zusammenrechnen. Die Woche hat 168 Stunden . . .

Werkstudenten sind nicht nur *behindert* im Medizinstudium, sondern geradezu *verhindert* (der Rossi-Plan wurde viel mit Freizügigkeit und Chancengleichheit in Verbindung gebracht). Im Wintersemester konnte der eine oder andere noch Nachtwachen im Spital leisten oder eine Vorlesung ausserhalb der Testatpflicht besuchen. Jetzt ist jede Tätigkeit neben dem vorgeschriebenen Stundenplan unmöglich geworden.

Ausser einer schlechten Psychologievorlesung im Wintersemester, welche durch die neue Studienordnung eingeführt worden ist, blieben die Naturwissenschaften die einzigen Fächer. Ueberhaupt wurde die Zahl der Fächer im ersten Studienjahr erhöht (Physiologie, Psychologie und Biochemie). Die Stundenzahlen pro Fach sind zwar minim zurückgegangen, doch die «massiven Stoffkürzungen» bestanden meist darin, dass das gleiche Lehrprogramm in kürzerer Zeit gebracht wurde. Konnte z. B. ein Dozent früher 20 Std. über Chiralität erzählen, so bringt er dieses Kapital nun in 15 Std. Wenn früher ein eigener Abschnitt Grignard-Verbindungen geplant war, so werden diese heute nicht mehr extra eingeführt, sondern irgendwo eingestreut. Geprüft wird selbstverständlich auch dieser Stoff. Dass dabei das Verständnis überfordert ist, sollte nicht verwundern. Bei der Stoffülle in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit würde sich ein Unterricht in kleinen Gruppen geradezu aufdrängen. Für Assistenten- und Tutoriatsstellen wurden aber keine neuen Gelder bewilligt, trotz der steigenden Studentenzahl.

Politische Auswirkungen – unsere Lage

In einem föderalistischen Staat wie der Schweiz ist es für grosse Interessengruppen schwieriger, ihren Willen durchzusetzen, als in zentral regierten Ländern. Auf allen Ebenen der föderalistischen Struktur setzen sich partikuläre Interessen durch, welche sich auch auf regionale Gesetze zu stützen vermögen (vgl. oben).

Der «Rossi-Plan» ist als ein Versuch zu werten, den teuren Ausbildungsplan der Mediziner in den zentralen Griff zu bekommen. Zwei Interessengruppen dürften dabei richtig sein:

● Die Aerztegesellschaft: Sie ist eine Standesorganisation konservativer Prägung. Ihr Einfluss ist in allen Gesundheitsorganisationen des Bundes bestimmend. Die Aerztegesellschaft ist an einem Aerztemangel interessiert, da ein Nachfrageüberhang in der medizinischen Versorgung die Unversehrtheit der Standesprivilegien weiterhin sichert. Unentbehrliche kann man nicht zu Reformen und Privilegienabtretung zwingen. Neuen Denkweisen sind solche Leute meist feindlich gesinnt, weil ihre Ruhe gestört wird. Durch ihre privilegierte ökonomische Lage sind sie auch nicht gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen.

Obwohl jedem, der bei einem Arzt schon stundenlang gewartet hat, klar sein dürfte, dass die medizinische Versorgung der Schweiz noch lange nicht optimal ist, brachte es die Studie von Prof. Gsell im Auftrag der Aerztegesellschaft fertig, einen Aerzteüberfluss für 1980 zu prognostizieren. Wie macht man das? 1966 zähle man die im Ruhestand befindlichen Aerzte nicht mit; 1970 zähle man die im Ruhestand befindliche Aerzte mit!

Man muss sich fragen, ob nicht in solchen Bedarfsprognosen (manpower) immer partikuläre Interessen zum Ausdruck kommen. Ist nicht die Tatsache, dass soundso viele junge Leute Medizin studieren wollen (social demand), ein viel genauerer und von einer breiteren Schicht getragener Gradmesser des Bedürfnisses der Gesellschaft an Aerzten?

● Zulefernde Zweige der Gesundheitsindustrie: Die vorklinischen Semester sollen die Grundlagen der medizinischen Ausbildung liefern. Schon ein Laie weiss, dass Medizin nicht nur aus Naturwissenschaften besteht. Aber unser Unterricht umfasst praktisch nur Fächer der Philosophischen Fakultät II. Wir lernen die Grundlagen für naturwissenschaftliche Technologien. Das Erlernen dieser naturwissenschaftlichen Technologien sichert der Industrie Aerzte, die fähig sind, komplizierte Apparaturen zu bewältigen, und die damit einen Absatzmarkt für teure Maschinen garantieren. Diese Apparaturen sind nämlich schuld an der medizinischen Kostenexplosion. An Sozial- und Präventivmedizin und an einer psychotherapeutischen und nicht medikamentösen Psychiatrie lässt sich schlecht verdienen. Unkritische, die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht durchschauende «Medizinaltechniker» sind für dieses der Industrie und nicht dem Patienten dienende System ungefährlich. Durch die Straffung des Studiums und die Ueberlastung der Medizinstudenten wird das bequem erreicht.

Im Bundesratsbeschluss vom 23. Dezember 1969 und in den darauffolgenden Bestimmungen haben sich diese beiden grossen Gruppen ihre Interessen rechtlich absichern lassen (Bundesratsbeschluss Art. 1: «. . .; diese Programme dürfen das Ausbildungsziel nicht beeinträchtigen und bedürfen der Genehmigung des EDI.»).

Die Schwierigkeiten in der Vorklinikerschaft waren – wie wir gesehen haben – häufig auf ökonomische Engpässe zurückzuführen (Assistentenzahlen, Platzverhältnisse usw.).

Die «Armut der öffentlichen Hand» ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kein Zufall. Staatliche Ausgaben werden, gesamtwirtschaftlich gesehen, zu den Kosten gezählt. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung versucht jede Seite, ihre Kosten zu drücken (Minimierung der Kosten) bei gleichzeitiger Maximierung der Profite. Innerhalb des kapitalistischen Staates gehören sowohl Gesundheitswesen als auch der Bildungsbereich zur Kostenseite und werden damit zu Sparsektoren. Das Medizinstudium liegt aber im Bereich beider Sparsektoren.

Die Dozenten haben eigentlich durch den Bundesratsbeschluss den Auftrag erhalten, innerhalb der Fakultäten neue Studienkonzepte auszuarbeiten. Das ist in Zürich nicht geschehen, und es sind auch keine Ansätze da; zumindest ist uns innerhalb der Vorklinik nichts bekannt.

A. Seidenberg, U. Ackermann und Jacques Fracheboud

Wer nicht sehen will dem hilft keine Brille

kweitel Dipl. Optiker, Zürich 1
Limmatquai 94
Rudolf-Mosse-Haus
Eingang Mühlegasse Telefon 47 78 99

Brain-Drain NZZ–Uni

An Pfingsten am ringsten

Am Freitag vor Pfingsten tagte die Hochschulkommission, am Dienstag nach Pfingsten der Erziehungsrat, am Tag darauf der Regierungsrat und am selben Abend stand's in der NZZ: «Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat Dr. Werner Weber, den Leiter der Feuilletonredaktion der ‚Neuen Zürcher Zeitung', auf den Beginn des kommenden Wintersemesters zum Ordinarius für Literaturkritik an der Universität Zürich berufen.» Happy end.

Blenden wir zurück: Als vor etwa zwei Jahren Basler Kreise den 54jährigen Werner Weber an die älteste Schweizer Universität holen wollten, wurden die Zürcher emsig. Die Philosophische Fakultät I – genau: deren Professoren – schlug den Erziehungsbehörden im Frühjahr 1972 die Schaffung einer ausserordentlichen Professur für Literaturkritik vor, wie das auch von studentischer Seite gewünscht worden war. Zuoberst auf die Liste setzte sie Weber, der 1945 bei Professor Hotzenköcherle über die *«Terminologie des Weinbaus im Kanton Zürich, in der Nordostschweiz und im Bündner Rheintal»* promoviert hatte und 1946 in die NZZ-Feuilletonredaktion eingetreten war.

Mehr zur Dekoration und weil es die Erziehungsbehörden so verlangen, machten die Fakultätsprofessoren eine Reihe weiterer Vorschläge: den *«Weltwoche»*-Redaktor François Bondy und den in Peseux bei Neuenburg wohnhaften Literaturkritiker Manfred Gsteiger sowie einige Ausländer, darunter den langjährigen «Zeit»-Kritiker Marcel Reich-Ranicki.

Kronprinz Weber

Webers Quasikonkurrenten warf die Fakultät mangelnde Nähe zur abendländischen Kultur, fehlende akademische Abschlüsse und Ehrungen oder einen Kritikerstil vor, der zu sehr im Aktuellen und Feuilletonistischen verhaftet bleibe. In ganz anderem Licht und auf doppelt soviel Zeilen erstrahlte Kronprinz Weber, der Samstag für Samstag mit seinem Gallionsartikel das NZZ-Feuilleton einläute und dabei auch die geistesgeschichtliche Dimension gebührend berücksichtige und im übrigen folgende Trophäen errungen habe: Conrad-Ferdinand-Meyer-Preis (1956), Johann-Heinrich-Merck-Preis für Literaturkritik (1967), Literaturpreis der Carl-Heinrich-Ernst-Kunststiftung (1969); korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (1960), der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur (1964) und der Bayerischen Akademie der Schönen Künste (1967). (Wer sich für Webers Bibliographie interessiert, reserviere sich die nötige Zeit im ZB-Katalogsaal.)

«In den anschliessend folgenden Verhandlungen zwischen der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich und dem Vorgeschlagenen machte Weber geltend», enthüllte Ludwig A. Minelli in den *«Luzerner Neuesten Nachrichten»*, *«die Annahme eines Rufes als Extraordinarius würde seine gegenwärtigen Einkommensverhältnisse verschlechtern. Mit andern Worten: Als NZZ-Redaktor verdiene er gegenwärtig mehr, als er als Extraordinarius verdienen könnte.»*

Trotz Finanzklemme

Im Hause Gilgen war man um einen Ausweg nicht verlegen: Trotz Finanzknappheit und Berufungsbremse schlug man der Fakultät vor, die Stelle eben als Ordinariat ad personam – ordentliche Professur ohne Lehrstuhl – zu schaffen. Nach einem bewegenden Appell des Weber-Mentors Emil Staiger stimmte die Fakultät am 14. Mai dem Vorschlag der Erziehungsdirektion mit Bedenken zu. Minelli: *«Diese Bedenken beziehen sich einmal darauf, dass das Fach Literaturkritik ein Ordinariat schlicht und einfach nicht auszufüllen vermag; zum anderen ist sich die Fakultät der Tatsache bewusst, dass seit Jahren beantragte Beförderungen sowie dringend notwendige Erweiterungen von Institutskrediten immer wieder unter Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Kantons zurückgestellt werden mussten. Dass die Fakultät dem Weberschen Ordinariat dennoch zustimmte, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, dass die Meinung obsiegte, man sollte die Regierung nicht brüskieren, wenn sie schon einmal generös sei . . .»*

Eine Notiz in der *«National-Zeitung»* vom 24. Mai machte die hängige Berufung publik, und am 2. Juni erwartete Minelli in seinem Artikel vom Zürcher Regierungsrat, *«dass er der fragwürdigen Tour seines Mitglieds Alfred Gilgen in dieser Sache ein Ende bereitet»*. Ob diese Publikationen den Zürcher Erziehungsbehörden derart Beine machten, dass sie die Berufung in atemberaubend kurzer Zeit unter Dach brachten? Webers Professur wird dem Seminar für vergleichende Literaturwissenschaft (Komparatistik) zugeordnet werden.

Die Uni erwirbt je länger, desto mehr den zweifelhaften Ruf, eine Absteige für NZZ-Redaktoren zu werden. Der NZZ-Sachbearbeiter für Kommunismus, Ernst Kux, doziert gelegentlich an der Philosophischen Fakultät I. NZZ-Wirtschaftsboss Willy Linder liest bei den Oekonomen als PD Wilhelm Linder über Wirtschaftspolitik und Planwirtschaft. Der nächste, der von der Falkenstrasse an die Alma mater zügeln will, ist hartnäckigen Gerüchten gemäss Webers Nachfolger als Feuilleton-Chef: der 43jährige Hanno Helbling, der nicht zum ersten Mal nach der Universität schielt. Ihn wollen konservative Geschichtsprofessoren in absehbarer Zeit zum Assistenzprofessor für Schweizergeschichte oder allenfalls für Methologie machen.

Die Berufung Webers ist kein Einzelfall, sondern das jüngste Glied in einer Kette von Berufungen (und Nichtberufungen), die System hat – im Interesse des Systems. Auch nur halbwegs kritische Wissenschafter werden mit allen, auch den unzimperlichsten Mitteln von «unseren» Hochschulen ferngehalten. Konservative und rechtsgerichtete Herren haben in Berufungsverfahren, die sich weiterhin den Vorwurf der Inzucht gefallen lassen müssen, weit mehr Chancen.

Das Bürgertum sitzt nach wie vor fest auf seinen Lehrstühlen. Wie lange lassen sich die Studenten diesen Alleinvertretungsanspruch noch gefallen?

Jürg Frischknecht

uni

Mit völlig unqualifizierten Vorwürfen wird seit einiger Zeit von der AHZ (und teilweise auch von SSZ) versucht – wohl in Ermangelung substantieller Themen –, den studentischen Kita-Delegierten, einen engagierten Kommilitonen, fertigzumachen und abzuschiessen. Nicht nur wird Konspirationshysterie geschürt (der betreffende Kommilitone soll «Chef» der «Arbeitsgruppe kritische Publizistik» sein etc.), sondern auch bewusst unter Vorspiegelung falscher Tatsachen («Missbrauch von Kleinkindern») versucht, eine Pogromstimmung gegen den betreffenden Kommilitonen zu schaffen. Was derartige Machenschaften mit «demokratischer Politik» (rrf. ist sinnigerweise Mitgründer und Vorsitzender des «Instituts für demokratische Politik») zu tun haben, kann sich jeder selbst überlegen. Problematisch ist jedoch, dass sich hier einzelne erlauben können, in ihren «privaten» Zeitungen eine derartige Politik zu betreiben. Es sind nota bene die gleichen Personen, die den «Linken» pauschal antidemokratische Haltung unterschieben!

Red. zs.

Stellungnahme von Eltern, Kindergärtnerinnen und KStR

Wer missbraucht Kleinkinder?

Die Eltern und Kindergärtnerinnen der Kinder in der Uni-Kindertagesstätte (Kita) und der KStR sind nicht gewillt, auf die boshaften Verleumdungen und unqualifizierten Anwürfe, die in der *Schweizerischen Studenten-Zeitung* und der *Allgemeinen Hochschulzeitung* veröffentlicht wurden, auf dem gleichen Niveau zu antworten. Sie stellen fest, dass es sich dabei um eine Hexenjagd gegen den studentischen Kita-Delegierten und um den Versuch handelt, den Ruf der Kindertagesstätte der Studentenschaft zu schädigen.

Sie beschränken sich auf folgende Richtigstellungen:

Zum Sachverhalt

– Kurz vor Beginn der Frühjahrsferien haben Kinder der Kita Blätter an vorübergehende Mittelschüler verteilt.

– Bei den Blättern handelt es sich um *Makulatur*. Solches einseitig bedrucktes Papier (verschiedenster Herkunft) wird in der Kita als Malpapier, zum Zerschneiden, zum Formen von Figuren usw. verwendet.

– Auf den in Frage stehenden Blättern stand in popiger Aufmachung (übrigens ohne politischen Text) eine Einladung zu einem Fest, das schon am 3. 2. 73, also knapp 1 Monat vor der «Werbung» durch die Kinder, stattgefunden hatte!

– Die Kinder verteilen des öfteren *aus eigenem Antrieb* Blätter: mit eigenen Zeichnungen, leere Blätter oder Makulatur.

– Eltern und Kindergärtnerinnen in der Kita und der KStR sind sich darin einig, dass es sich beim Austeilen von Blättern durch Kinder, die dies ohne Aufforderung aus eigenem Antrieb tun, um ein harmloses Spiel handelt, in dem (demokratisches) Verhalten von Erwachsenen imitiert wird.

Zu den Publikationen in SSZ und AHZ

– Der Verfasser des sogenannten *«offenen Briefs»* hat in Kenntnis der Tatsachen *wissentlich Falsches* verbreitet: Obwohl er (nach eigener Aussage) im Besitz des alten Flugblattes ist und also wusste, dass es zum Zeitpunkt, als *«man . . . diese Kleinen zur Flugblattverteilung herbeiziehts»*, längst für Werbezwecke unbrauchbar war, hat er mit der Miene des Ehrenmannes einen infamen Angriff auf einen Kommilitonen gestartet.

– Der Schreiber der AHZ hat es unterlassen, sich nach den wahren Sachverhalten zu erkundigen. Er hat so die einfachsten Regeln der journalistischen Sorgfaltspflicht und des Anstandes verletzt.

– Ein solches Vorgehen zeigt deutlich, worum es hier geht: Eindeutig falsche Tatsachen dienen als willkommener Anlass zu einem Hetzartikel gegen den diesen beiden Kommilitonen missliebigen Kita-Delegierten der Studentenschaft.

– Die beiden Schreiber schädigen damit auch den Ruf der Kita und gefährden diese dringend notwendige studentische Sozialeinrichtung.

– Eltern, Kindergärtnerinnen und KStR verwahren sich in aller Form gegen das offensichtliche Bemühen der beiden Schreiber, den Kita-Delegierten zu diffamieren und universitäre Behörden und Fremdenpolizei gegen ihn aufzuhetzen und dazu auch noch die Kita und die Kinder in der Kita zu benutzen. Eltern und Kindergärtnerinnen der Kita.

KStR

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 740.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

Foto-Druck aku Agentur ZÜRICH Tel. 32 62 11, intern 3273

Ein neuer Fall: «Student missbraucht Kleinkinder»

Uni-Kindergarten-Kinder haben Anfang Juni aus dem Container an der Rämistrasse 66 gelbe Flugblätter herausgefischt und an vorbeigehende Mittelschüler verteilt. Eingeladen wurde darauf zu einem «Gespräch über ein Tabu» – Euthanasie –, mit fachkundigen Podiumsdiskutanten unter der Leitung von Dr. Helmuth Holzhey. In der Hohschulzeitung müsste das folglich etwa so aussehen (die kursiv gedruckten Stellen stammen wörtlich aus dem Artikel von Ralph R. Faes «Student missbraucht Kleinkinder», HZ Nr. 32, 29. 5. 73).

Wie lange sollen wir uns das gefallen lassen?! *Kinder, die weder lesen noch schreiben können,* werden vom Philosophischen Seminar *in merkwürdiger Weise eingesetzt: Sie mussten für ihre «Herren» Flugblätter verteilen,* die aus der Küche der *linksextremen sogenannten* Vorklinikerschaft *stammten* und zu einem Gespräch (!) über Euthanasie aufhetzten. *Verzweifelt wendet sich* ein Elternteil der armen Kleinen *(nur eines unter 30!) an die Presse* und wirft dem sicher *20semestrigen Ausländer* Dr. Helmuth Holzhey vom Philosophischen Seminar Zürich vor:

«Dass eine gewisse Sauordnung in den Räumlichkeiten des Philosophischen Seminars *herrscht, daran muss man sich* halt *gewöhnen, denn das gehört scheinbar zu der von Dir propagierten ‚antiautoritären' Führung. Ich habe auch nichts dagegen, dass sich* Dozenten der Philosophie *an Demonstrationen beteiligen. Du trägst aber* als Assistent *die Verantwortung für eine gewisse Ordnung. Dass man* Kleinkinder *zur Flugblattverteilung herbeizieht, ist eindeutig zuviel,* um so mehr, als der Zweck dieser Flugblätter wohl klar ist: Verletzung unserer heiligsten Grundsätze, Untergrabung der Ehrfurcht vor dem Leben und damit der Ehrfurcht vor dem Staat; linksfaschistische Propaganda also, wobei für ‚links' das Philosophische Seminar, für ‚faschistisch' das gestellte Thema stehen kann (waren die ‚Herren' des tausendjährigen Reiches nicht auch Propagandisten der Ausmerzung lebensunwerten Lebens?). *Ich fordere Dich deshalb auf, weitere Missbräuche mit kleinen Kindern zu vermeiden!»*

Immerhin ist eigenartig, dass Holzhey «zufällig» auf gelbes Papier hat drucken lassen. Der Name eines der Referenten, Hans J. Hoffmann-Nowotny, weist klar auf östliche Verbindungen. Es dürfte in diesem Zusammenhang die zuständigen Behörden auch interessieren, dass selbst das neutrale Kantonsspital in Gestalt der Oberschwester Judith Lächler (Lächeln, Lachen, Lachgas, Gas??) in diese unsauberen Machenschaften verstrickt ist. Herr Adolf Portmann dürfte diesbezüglich einer breiteren Oeffentlichkeit schon hinreichend bekannt sein... Offenbar *lässt* sich Holzhey *neuerdings* auch als *graue Eminenz durch die leninistische Gruppe* um den Daseinsanalytiker Professor Dr. Medard Boss *vertreten, die seine Anträge vorbringt* und mit allen Mitteln politischer Ränkeschmiederei auch durchsetzt.

Hier, wo nicht mehr politisiert wird, sondern agitiert, nimmt die Geduld auch eines eingefleischten Demokraten ein Ende. Hier sieht sich auch der vehementeste Verfechter politischer Toleranz auf die Mittel angewiesen, die der demokratische Staat zur Erhaltung ebendieser Toleranz bereitgestellt hat. Wir denken dabei nicht zuletzt an die Fremdenpolizei.

Helmuth, *politischer Agitator ersten Ranges, hat* unsere *Gastfreundschaft missbraucht und sich nicht darauf beschränkt, kritische und auch antidemokratische Ideen in einer bewilligten Demonstration zu propagieren.* Er hat unsere Kinder missbraucht – *das ist Konfliktstrategie bis zum Klassenkampf.*

Toleranz heisst nicht Tür und Tor zur Zerstörung der Demokratie öffnen. Die Demokratie wird sich zu wehren wissen.

Soll es hier um den Abschuss einer «Persona non grata» gehen? Beileibe nicht! Euthanasie in Ehren – *es geht hier um mehr.* Holzhey, *deutscher Staatsangehöriger, steht nur als Beispiel, weil sein Fall momentan aktuell ist. Es geht darum, dass man die Grenzen der studentischen Politik und Narrenfreiheit erkennt.*

★

Soll es hier um den Abschuss einer «Persona non grata» gehen? Beileibe nicht! Es geht hier um viel mehr. Ralph R. Faes steht nur als Beispiel, weil sein Fall momentan aktuell ist. Es geht darum, dass man die Grenzen studentischer Politik und Narrenfreiheit erkennt, den gesellschaftlichen Rahmen, vor dem sie sich abhebt und die Mittel, mit der sie operiert: geronnene Gedanken in geronnener Sprache. Aus dem Arsenal der politischen Intrige wird die älteste und hinterhältigste Waffe bedenkenlos hervorgezerrt: die Verleumdung. *Goebbels hätte an dieser Art Journalismus seine Freude gehabt.* Zk

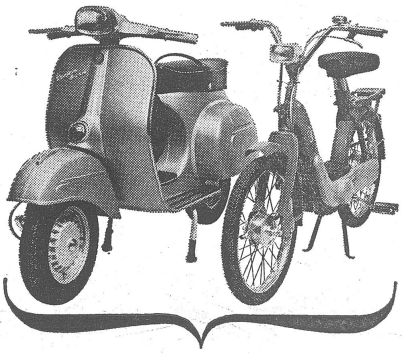
Unser Lernziel:
aktive Sprachbeherrschung
auf jeder Stufe

ENGLISCH
Intensivkurse
alle Stufen
6-15 Std./Woche
vorm.od.nachm.
mit Sprachlabor
didaktisch linguistisch
nach neuesten
Erkenntnissen

Neue Kurse ab 9. Juli 1973
Audiovisuelles Sprachinstitut
Lehrervereinigung für programmierten Sprachunterricht
Limmatquai 110 8001 Zürich
Telefon 01/ 32 66 25

Jurisprudenz
Nationalökonomie
Architektur
neu und antiquarisch in reicher Auswahl
Buchhandlung und Antiquariat Raunhardt
Inhaber Gerhard Heinimann & Co.
Zürich 1, Kirchgasse 17
Tel. (01) 32 13 68
beim Grossmünster

Vespa
der meistgekaufte Roller der Welt
ab Fr. 1595.–
Ciao
das meistgekaufte Mofa der Schweiz
ab Fr. 695.–



Beratung, Verkauf, Service:
A. Fontana
Sonneggstrasse 20 Tel. 47 32 58 8006 Zürich

Vortrags- und Bildungsabende der Partei der Arbeit Zürich

Herbst 1973

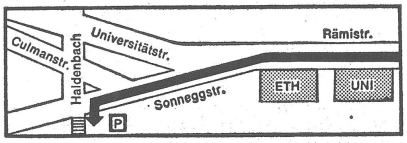
25. Oktober:	Mitbestimmung in der Deutschen Demokratischen Republik.
8. November:	Mitbestimmung in der Schweiz.
15. November:	Ueber den Trotzkysmus.
22. November:	Zur Entstehungsgeschichte des Marxismus.
29. November:	Marx/Engels und die Revolution von 1848/49.
6. Dezember:	Ist das Kapital von Marx überholt?
13. Dezember:	Marx/Engels und die internationale Arbeiterbewegung 1864—1895.
20. Dezember:	Freiheit und Individuum im Lichte des Marxismus.

Alle Vorträge finden jeweils an Donnerstagen statt — 20 Uhr im Volkshaus Helvetiaplatz — Zürich 4.

Farben
zum selber malen
und die gute
Beratung bei
CANONICA! + Co
Schaffhauserstrasse 6
(vis-á-vis Krone)
Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

Tea-Room »Vogelsang«
Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30
8006 Zürich
Für Studenten 10% günstiger essen mit VOGELSANG-SCHECKS!
Wir empfehlen Entrecôte, Pommes-frites, Salat, Fr. 6.80.
½ Poulet mit Salat Fr. 4.—.
Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.
Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen
P. und M. Tibau-Betschart

Taschenbücher!!!
rororo. Fischer. Suhrkamp. dtv Reclam. Göschen. Goldmann. Ullstein. Knaur. detebe. Hanser. Luchterhand. Geist und Psyche. Thieme. BI-HTB. Heidelberger.
Wir haben alle.
Uebrigens:
Wir machen immer noch Fotokopien.
Für 20 Rappen.
Hier:
Buchhandlung Sonnegg
Geöffnet: 9.00 bis 18.00 Uhr durchgehend
Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich
Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



Bäggli-Hotels AG
Marktgasse 17, Tel. 34 15 30
Hotel Rothus, 8001 Zürich
Restaurant Golden Bar, 1. Stock
Sehr preiswerte, gutbürgerliche Küche. Tellerservice ab Fr. 4.50 inkl. Suppe und Brot.
Grosse Auswahl «à la carte». Warme Speisen 11–14 Uhr und ab 18 Uhr.

FREIHOFER
Buchhandlung
für
Medizin
Rämistrasse 37
Zürich 1
Tel. 47 92 22

JEANS
MAGI'S
SHOP
Jeans à gogo...
Elegante, modische
Trevirahosen, Jacken, Pullis,
Accessoires
Spezialpreise gegen Legi.
Weinbergstrasse 15
8001 Zürich
Telefon (01) 34 94 43

APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH
Dr. Peter Eichenberger-Häfliger
Universitätsstrasse 9 Tel. (01) 47 32 30
PHARMA TIP:
Infektionsprophylaxe für Auslandreisen frühzeitig planen: 1 Woche vor Abreise beginnt die Malariaprophylaxe, mind. 8 Tage vorher muss die Pockenimpfung erfolgt sein, eine Erstimpfung z. B. für Cholera und Typhus benötigt 8 Wochen. Auskunft: Institut für Präventivmedizin, Gloriastr. 32b.

zs-Interview mit dem neuen ETH-Rektor Prof. H. Zollinger

Verantwortlicher Chef

Am 1. Oktober dieses Jahres wird Prof. Dr. Heinrich Zollinger vom Institut für Textil- und Farbstoffchemie ins ETH-Rektorat übersiedeln. Dann beginnt die Amtszeit des kürzlich neugewählten Rektors der ETH Zürich. Felix Ritter und Christian Thomas haben Zollinger für den «zürcher studenten» interviewt.

ZS: Herr Professor Zollinger, Sie waren in der Reformkommission; Sie sind im «Tages-Anzeiger» als reformfreudiger Professor bezeichnet worden. Warum überhaupt braucht eine Hochschule Reformen?

Zollinger: Reformen sind immer nötig, das gehört zur menschlichen Entwicklung. Man soll sich immer wieder überlegen, ob das, was man tut, richtig ist. Es wäre daher falsch, zu sagen, *jetzt* sei eine Reformzeit, und nachdem die Reformen gemacht sind, seien keine Reformen mehr nötig!

ZS: Also permanente Reform?

Zo: Ja, aber wenn wir nur reformieren, haben wir keine Zeit mehr für die anderen Dinge, die wir tun müssen.

ZS: In welchen Punkten halten Sie die heutige ETH für reformbedürftig?

Zo (nach einer längeren Pause): Heute ist die ETH in erster Linie

reformbedürftig in dem Sinne, dass wir uns vermehrt bemühen sollten, die eigentlichen Ziele unserer Hochschule optimal zu erreichen. Für die Hauptaufgabe, d. h. Ausbildung (inkl. Bildung) und Forschung, sollen wir Professoren maximal viel Zeit haben. Der Ueberfluss an Information ist ein Grundproblem.

ZS: Soll es Aufgabe der Hochschule sein, sich zur Durchsetzung wissenschaftlich als richtig anerkannter Forderungen einzusetzen?

Zo: Ja, gerade wenn Sie «wissenschaftlich» sagen. Dort, wo es wissenschaftliche Grundlagen braucht, kann man eine Problemlösung nur von jemandem erwarten, der auch wissenschaftlich ausgebildet ist.

Dabei möchte ich unterstreichen, dass es in meinen Augen keine Hierarchie in dem Sinne gibt, dass die studierten Leute «bessere» Leute sind. Wissen allein lässt jemanden nicht als Mensch auf einem höheren Niveau stehen!

ZS: Sie könnten sich also der Ansicht anschliessen, dass akademische Titel in diesem Sinne ein alter Zopf sind, der z. B. im mündlichen Verkehr weggelassen werden kann?

Zo: Ja.

Verantwortung gegenüber der Gesellschaft

ZS: Müsste sich die Hochschule nicht auch auf politischer Ebene für die Durchsetzung von wissenschaftlich anerkannten Forderungen engagieren?

Zo: Es ist die moralische Pflicht der Hochschule, der Oeffentlichkeit Fakten über aktuelle Themen zur Verfügung zu stellen wie es z. B. die Forrester-Studie des MIT tut. Politische Vorstösse sollten aber eher einzelnen Gruppen (z. B. VSETH) oder Personen überlassen bleiben.

ZS: Schlägt sich die Verantwortung der Hochschule gegenüber der Gesellschaft auch im Detail (in Vorlesungen, Uebungen usw.) und vielleicht in einer Reform der Unterrichtsorganisation (z. B. Projektstudien) nieder?

Zo: Ich habe persönliche Erfahrungen mit Gruppenunterricht und bin eigentlich erstaunt, dass man das jetzt von Hamburg her einführen will. Das gibt es schon oder gab es schon. Bezüglich projektorientierten Studien bin ich skeptisch gegenüber einer Ausbildung, die die soliden Grundlagen umfangmässig zurückdrängt, einfach deshalb, weil man Zeit zur Behandlung der für ein Projektstudium nötigen Methoden («Werkzeuge») haben muss!

Vorlesungen im argen

ZS: Sind denn die heutigen Vorlesungen und Uebungen dazu angetan, Kreativität zu fördern?

Zo: Dass das im argen liegt, darüber bin ich mir im klaren.

ZS: Wie könnte man das ändern?

Zo (liest aus einem seiner Aufsätze aus der Zeitschrift «Chimia»): «Für die Erziehung zum selbständigen Denken als wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von Führerqualitäten haben wir Seminarien in kleineren Gruppen für Studierende des 6. und 7. Semesters eingeführt, in denen jeweils ein Student über das Problem referiert, das er im Laboratorium bearbeitet hat ... (Dabei) sehen die Studenten, dass auch Professoren und Assistenten nicht für jedes unerwartete Problem eine fixe Antwort bereithalten können, sondern diese im gemeinsamen Gespräch erarbeiten müssen.» Mit diesen Seminarien haben wir gute Erfahrungen gemacht!

ZS: Sehen Sie auf der untersten Ebene, im Unterricht, eine Mitbestimmung der Studenten?

Zo: Ja, mit der wichtigen Einschränkung, dass, wenn ich eine Vorlesung halte, *ich* dafür verantwortlich bin. Nachher kann man kritisieren. Ich möchte deutlich sagen: Es gibt aufbauende Kritik, aber auch Kritik um der Kritik willen, die einfach destruktiv ist. Jedem, der destruktiv ist, würde ich das Recht absprechen, sich zu äussern.

ZS: Woran würden Sie Destruktivität messen?

Zo: Das ist schwer zu sagen, das kann man nur von Fall zu Fall entscheiden.

ZS: Halten Sie das Vorhandensein eines organisierten studentischen Verhandlungspartners für wichtig?

Zo: Ja.

... mit Bedauern unterstützen

ZS: Glauben Sie, dass es Situationen geben kann, in denen der Entzug der Finanzmittel der Studentenschaft (wie neulich in Bern) ein taugliches Mittel zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses ist?

Zo: In Bern handelte es sich um eine Notstandsmassnahme im Zusammenhang mit dem Vortrag von Hirschy, die ich allerdings mit Bedauern unterstützen würde. Eine solche Massnahme erschwert die zukünftige Zusammenarbeit eindeutig, aber das Verhalten beim Vortrag Hirschy hat bereits eine erschwerte Ausgangslage geschaffen.

ZS: Bei der gegenwärtigen Finanzknappheit müssen Prioritäten gesetzt werden. Darauf haben Sie als Rektor einen gewissen Einfluss (z. B. in der Forschungskommission). Glauben Sie, dass es Ihnen leichtfallen wird, die Interessen der Gesamt-ETH und jene Ihrer Abteilung (Chemie) auseinanderzuhalten?

Zo: Es ist klar, dass ich genau aufpassen muss, damit es nicht heisst, man habe jetzt einen Chemiker, der für die Chemie sorge. Ich habe unmittelbar nach meiner Wahl der Professorenkonferenz gesagt, dass ich nicht als Chemiker, sondern einfach als ETH-Professor Rektor sein werde. Es wäre aber sicher wünschbar, wenn das Gewicht der Forschung an einer Reihe von Abteilungen grösser würde.

Nicht seriös

ZS: Auch wenn das auf Kosten der Chemie-Abteilung sein muss? Wenn man z. B. annimmt, dass das Wachstum der ETH aus konjunkturpolitischen Gründen nicht grösser als die Teuerung sein darf?

Zo: Das ist eine schwierige Frage. *(Pause)* Es ist eine gute Frage in dem Sinne, indem es eine Frage ist, die ich hier nicht rasch lösen kann. Wenn ich hier schnell ja oder nein sagen würde, wäre das nicht seriös.

ZS: In einem Papier einer Subgruppe der Reformkommission, die Sie präsidierten, steht, die beiden Grundvoraussetzungen für Forschung seien «Objektivität und Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit». Kann sich dies auch in der Wahl der Forschungsthemen äussern?

Zo: Grundsätzlich ja, aber das ist leider sehr schwer zu definieren. Wenn Umweltschutzforschung betrieben wird, ist klar, dass das eine Bedeutung für die Allgemeinheit hat. Die theoretische Physik hingegen bringt Resultate, die erst in 20 bis 25 Jahren wesentlich sein können. Deshalb sollte es nicht so sein, dass bei Forschungsprojekten die erste Frage die nach der Relevanz für die Allgemeinheit ist. Es besteht, gerade beim Umweltschutz, die Gefahr, dass man sich populär machen will, indem man populäre Ideen verficht.

Von der Notwendigkeit einer Führung überzeugt

ZS: Wie wäre die Mitbestimmung in den Instituten zu gestalten, dass sich diese Verantwortung auch in der Organisation eines Forschungsprojektes spiegelt?

Zo: Es besteht heute generell eine Gefahr: wenn wir alles institutionalisieren, sitzen wir nachher überhaupt nur noch an Sitzungen und arbeiten – richtig arbeiten! – nichts mehr. Deshalb wäre ich da der Ansicht, dass man möglichst wenig reglementieren, sondern miteinander sprechen sollte. Ich bin überzeugt davon, dass der Mensch als Lebewesen eine Führung braucht, dass es Verantwortung gibt, und ich bin grundsätzlich der Ansicht, dass in der Institutsleitung, was die Forschung betrifft, ein verantwortlicher Chef da sein muss; aber er hat die Auflage, dass er die Mitsprache akzeptiert.

ZS: Ist ein «verantwortlicher Chef» ein Chef, der zur Verantwortung gezogen werden kann?

Zo: Ja, selbstverständlich.

ZS: Von wem?

Zo: Von der Schule, also von oben.

ZS: Ist die Schule nur oben?

Zo: Jeder Hochschulangehörige aller vier Stände hat das Recht, die Verantwortung jedes andern in Frage zu stellen.

ZS: Können Sie sich der Ansicht anschliessen, dass die Mitwirkung von Studenten bei der Festlegung von langfristigen Forschungsprogrammen notwendig sei, da Studenten oft einen besseren Ueberblick hätten als spezialisierte Dozenten, keine Partikulärinteressen vertraten und zudem direkt betroffen seien von langfristigen Forschungsprogrammen?

Zo: Nein! Forschung ist etwas, das man lernen muss. Auch ich habe mein Dissertationsthema von meinem Professor erhalten. Die Studenten können das Werkzeug der Forschung noch nicht handhaben. Ich habe nichts gegen eine Mitsprache der Studenten. Was ich nicht sehe, ist Mitbestimmung als Mitentscheidung!

ZS: Herr Professor Zollinger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Haare lassen...
10–15% Studenten-Rabatt
bei
COIFFURE-SALON DEPPELER
Universitätstr. 9, 8006 Zürich

eth

Sagen Sie mir «Herr Zollinger»

Jemanden aufgrund eines Interviews zu beurteilen fällt schwer. Einmal, weil es für den Interviewten leicht ist, Dinge zu sagen und dann in der Praxis ganz anders zu handeln, aber auch, weil er manches vielleicht gar nicht erwähnt, was er erst in der Praxis hervorbringt. Am ehesten lässt sich noch einschätzen, ob eine Persönlichkeit den Erwartungen ihrer Interviewer im Interview einigermassen entgegenkommt.

Prof. Zollinger, «Rector designatus» der ETH-Z, ist in der Presse als reformfreudig bezeichnet worden. Was er seinen Gesprächspartnern im nebenstehenden Interview über seine Vorstellungen von Hochschulreform eröffnet, charakterisiert ihn eher als gutmütigen Pragmatiker denn als einen engagierten Reformer. Reform scheint für ihn eine Angelegenheit zu sein, die von Zeit zu Zeit erledigt werden muss, wie das Zähneputzen oder das Bezahlen der Rechnungen am Monatsende, denn man soll ja nicht nur reformieren, sonst bleibt keine Zeit mehr für andere Dinge... Reform als übergreifender Prozess, der das Tagesgeschehen, die kleinen Einzelarbeiten umfasst, gehört offensichtlich nicht zum Credo des neuen Rektors. Es geht ihm weniger um das (dringende) Setzen neuer Ziele als um die optimale Erreichung der bestehenden. Was indessen diese «eigentlichen Ziele unserer Hochschule» sind, scheint für ihn so selbstverständlich und weniger Kommentare würdig zu sein wie die Hierarchie, aus der er als Rektor hervorgegangen ist. Mitbestimmung ja, aber der Leiter (oder der «Führer») – ein Wort, das zwar weniger beliebt ist als sein Pendant «Führung») ist allein verantwortlich, er entscheidet darüber, ob eine Kritik «aufbauend» oder «destruktiv» ist. Ein unantastbarer Inhaber der Massstäbe alles Guten und Bösen.

Die zentrale Frage, die der Tragweite der wissenschaftlichen Arbeit für die Gesellschaft und der Konsequenzen, die in bezug auf die Entscheidungsstrukturen und die Gestaltung wissenschaftlicher Arbeit daraus zu ziehen wären, löst er ziemlich einfach: Wissen allein lässt niemanden auf einem höheren Niveau als Mensch stehen. «Wissen ist Macht» (wenn auch nur die, darüber zu verfügen, was aufbauende und was destruktive Kritik sei) hat der neue Rektor nicht in seiner Sprichwörtersammlung notiert. Denn der Mächtige wird ja auch «von oben» kontrolliert. In diesem Zusammenhang wäre auf eine Aeusserung von Bundesrat Tschudi zu verweisen, dem die Frage gestellt worden war, ob der Bundesrat (dem die Professoren der ETH allein Rechenschaft schuldig sind) jemals einen Professor entlassen könnte. Bezüglich der wissenschaftlichen Arbeit liege da keine Kontrolle drin, meinte der hohe Magistrat, man könnte dies höchstens, «wenn einer silberne Löffel gestohlen hätte».

Beim Stichwort «Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit für die Gesellschaft» (gesellschaftliche Relevanz) gleich das Schreckgespenst billiger Popularitätshascherei vorzuschieben, zeugt von einer leicht überheblichen Einstellung der Demokratie gegenüber. Wer wie Professor Zollinger Angst hat, bei einer Berücksichtigung der gesellschaftlichen Relevanz könnten sich nur noch «populäre» Projekte durchsetzen, spricht dem Volk jede Fähigkeit ab, über Fragen dieser Tragweite sinnvoll zu entscheiden. Allein, es ist wissenschaftlich erwiesen, dass es dazu – vorausgesetzt, man vermittelt ihm die erforderliche Information in einer verständlichen Sprache – so gut wie Hochschulprofessoren imstande ist.

Bei konkreteren Fragen zu diesem Thema wird Prof. Zollinger ausweichend. Die Frage, ob sich die Verantwortung der Hochschule gegenüber der Gesellschaft auch in der Unterrichtsorganisation niederschlagen sollte, umgeht er, ebenso wie die Frage über die Mitbestimmung an den Instituten. Ist ihm die ablehnende Reaktion der Chemiedozenten auf die massgebend von ihm beeinflussten Vorschläge betreffend die Institute im «ETH-Modell 71» der Reformkommission noch in so schmerzlicher Erinnerung, dass er sich nicht mehr aufs Eis hinaus wagt? Der Frage, ob es ihm leichtfallen würde, die Interessen der Gesamt-ETH und die seiner Abteilung (Chemie; die kreditaufwendigste Abteilung der ETH) auseinanderzuhalten, auch wenn es auf Kosten dieser Abteilung sein müsste, weicht er schon ganz aus.

Fazit: Reformen kann und soll man nicht von einer Einzelperson erwarten. Besonders dann nicht, wenn diese irgendwo oben in der Hierarchie angelangt ist. Zu viel Druck, zu viele Schranken und Kontrollen sind da mit im Spiel; das Gewicht des Apparats, der hinter einer Person steht und weitgehend unabhängig von ihr waltet, ist zu gross. Aenderungen müssen die Betroffenen sich selbst erkämpfen. Darum besteht auch bei einem Rektorenwechsel kein Grund zur Aufregung. Le roi est mort, vive le roi!

Pierre Freimüller

Eröffnung eines Härtefonds

Mehrere Professoren haben uns mitgeteilt, dass es ihnen leider nicht möglich sei, den «zürcher studenten» weiterhin zu abonnieren, da er ihnen fortan nicht mehr gratis zugestellt werde, sondern sie dafür Fr. 13.– pro Jahr zu bezahlen hätten. Um Härtefälle zu vermeiden, hat die Redaktion beschlossen, einen ausschliesslich der Subventionierung von Gratis-Abonnementen an Professoren dienenden Härtefonds zu eröffnen. Gesuche um Unterstützung aus Mitteln des Fonds können von notleidenden Professoren mit untenstehendem Talon eingereicht werden. Die Redaktion wird die Gesuche prüfen und bei nicht selbstverschuldeter Notlage ein Gratis-Abonnement ausstellen.

Talon

Der unterzeichnete Professor der Uni/ETH (Nichtzutreffendes streichen) stellt hiermit ein Gesuch auf Erhalt eines Gratis-Abonnements «zürcher student/konzept» für das Jahr 73/74.

Name, Vorname: Alter:

Anzahl unterstützungspflichtige Kinder:

Professorensalär (inkl. Zulagen): weniger als 70 000 / 70 000 bis 90 000 / mehr als 90 000 Franken.

Einkommen aus Aufträgen der Privatwirtschaft (Gutachten etc.): weniger als 50 000 / 50 000 bis 100 000 / 100 000 bis 150 000 / mehr als 150 000 Franken.

Einkommen der Ehefrau: Vermögen:

Steuerfuss der Wohngemeinde: niedriger als 2% / 2 bis 4% / höher als 4%.

Bemerkungen:

Unterschrift:

Einsenden an: Redaktion «zürcher student», Härtefonds, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

GGK

Zur Aktion 30 Prozent Studentenrabatt des Tages-Anzeigers:

Womit entspannen sich viele Studenten vom Lesen? Mit täglichem Lesen.

Man hört etwa von Medizinstudenten, die in ihrer Freizeit nichts lieber tun als sich mit Belletristik beschäftigen. Und man hört etwa von Literaturstudenten, die in ihrer Freizeit psychoanalytische Bücher verschlingen.

Und man weiss von Soziologiestudenten, die ihre Freizeit der Kunstgeschichte widmen.

Das ist nur natürlich: einerseits ist Lesen halt immer noch ihre Lieblingsbeschäftigung — anderseits muss es nicht immer gerade das sein, was man von Berufs wegen lesen muss.

Wenn man das weiss, ist es verständlich, dass so viele Studenten als Tageszeitung den Tages-Anzeiger gern haben. Denn einerseits ist der Tages-Anzeiger eben eine Zeitung, die allen, die Freude am Lesen haben, gefällt. Er ist gut geschrieben, er ist anschaulich geschrieben, er geht ins Detail, er pointiert, er nimmt Stellung, er analysiert, er stellt Bezüge her — mit einem Wort: er ist von Leuten geschrieben, die nichts lieber tun als schreiben. (Auch in ihrer Freizeit.)

Und anderseits bietet er eben allen, die neben ihrem Fachgebiet und in ihrem Fachgebiet Hobbythemen haben, immer wieder Lesestoff. (Der Tages-Anzeiger ist ja so ausführlich und breit angelegt, dass man sagen könnte, er sei eine Wirtschaftszeitung, eine Sportzeitung, eine kulturelle Zeitung, eine politische Zeitung, eine Lokalzeitung und ein Magazin in einem.)

Und wenn man jetzt bedenkt, dass der Tages-Anzeiger für Studenten 30 Prozent Rabatt gibt, kann man wieder einmal (auch den Studenten) sagen:

Freut Euch des Lesens.

Tages-Anzeiger

Coupon

☐ Ich möchte gerne für drei Wochen ein Gratisabonnement, um zu sehen, ob der Tages-Anzeiger und sein Magazin meine Freizeit ausfüllen können.

☐ Ich möchte gerne ein 3-Wochen-Gratisabonnement und anschliessend ein festes Abonnement bestellen. Das kostet:

☐ Fr. 4.50 statt Fr. 6.45 für 1 Monat
☐ Fr. 13.05 statt Fr. 18.65 für 3 Monate
☐ Fr. 25.85 statt Fr. 36.90 für 6 Monate
☐ Fr. 51.10 statt Fr. 73.– für 12 Monate

Name: _____

Strasse: _____

Falkultät: _____ Semester: _____

PLZ/Ort: _____ 7087

Coupon einsenden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich